

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Widerstand Prag
S. 8

Die Stadtteilinitiative Isar 12 bringt
Münchner Unternehmern auf Trab
S. 14

Freudenberg - ein Weg, um soziale Rechte
weltweit durchsetzen zu helfen?
S. 16

Zero-Tolerance für Esotherik und Irrationalismus!
S. 19

Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen
S. 21



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/2409469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

EINGESTELLT. In Würzburg ist die Individuelle Schwerbehindertenbetreuung (ISB), mit deren Hilfe etliche schwerbehinderte Menschen relativ selbstbestimmt leben konnten, jetzt kollabiert und von der Stadt eingestellt worden. Es ist zu befürchten, dass dieser für die Betroffenen, denen nun eventuell das Heim droht, katastrophale Zusammenbruch erst der Anfang ist. Hintergrund ist die Kürzung, die die Bundesregierung mit dem Haushaltssanierungsgesetz 1999 beim Zivildienst vorgenommen hat, und der anhaltende Rückgang der Zivildienstleistenden von 138.000 Zivis im Jahresdurchschnitt 1999 auf ca. 100.000 in diesem Jahr. Denn obwohl der Zivildienst keinen sozialen Sicherstellungsauftrag hat, läuft in vielen Bereichen ohne Zivis nichts. Aus Mangel an institutioneller Förderung greifen immer mehr soziale Dienste auf Zivildienstleistende zurück, um wichtige kommunale Angebote vorhalten zu können. Mit Ausnahme der Grünen und der PDS drücken sich die Parteien jedoch darum herum, Lösungen für das dringende Problem zu erörtern. Die Diskussion der PDS-Fraktion arbeitete folgende Alternativen heraus:

Um die Bedingungen für eine soziale Daseinsvorsorge zu garantieren, hat die Schaffung zusätzlicher vollwertiger und tariflich bezahlter Arbeitsplätze in den sozialen Diensten Vorrang. Die Konversion des Zivildienstes muss zum Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor genutzt werden, entsprechende Modellprojekte sollten von Bund und Ländern gefördert werden. Verbände und Selbsthilfegruppen sollen ebenso wie die berufliche Aus- und Weiterbildung in sozialen Berufen gefördert werden. Um schließlich für Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstständiges Leben sichern zu können, schlägt die PDS hier die schrittweise Einführung des so genannten Assistenzmodells vor. Dabei sollen die Betroffenen ein bedarfsdeckendes „persönliches Budget“, mit dem sie bestimmte Leistungen der begleitenden oder betreuenden Assistenz aus einem Angebotsspektrum auswählen können. Die Assistenzleistungen könnten von Freiwilligendiensten angeboten werden. (Quelle: PE der PDS-Fraktion und Reinblick 7/8)

QUALITÄTSSICHERUNG? Verschiedene Verbände kritisieren, dass zwei Gesetzentwürfe des Familien- und Gesundheitsministeriums die Kontrolle und Qualitätssicherungen von Pflegeheimen zurückfahren. Das Heimbewohnergeschetz untersagt die jährliche Kontrolle von Pflegeheimen durch die kommunale Heimaufsicht dann, wenn der medizinische Dienst der Krankenkassen ein Heim testiert oder wenn es vom Betreiber ein Gütesiegel bekommen habe. Die Verbraucherverbände monieren, dass Gütesiegel kaum objektiv seien und dass der medizinische Dienst vor allem kontrolliere, ob das Geld der Kassen „richtig“ ausgegeben wurde und ob Einsparungen möglich sind.

Dem sind die Interessen der Heimbewohner untergeordnet. Die Bundesinteressenvertretung der Altenheimbewohner (BIVA) kritisiert, dass im Entwurf für ein Pflege-Qualitätssicherungsgesetz keine Standards definiert werden. Weiterhin, dass die vom Ministerium geplante Stärkung der Heimbeiräte nicht weitgehend genug sind. Zwar gebe es in 80% der Heime solche Gremien, doch sei deren Mitbestimmungsmöglichkeit eingeschränkt, sie erhalten keine oder kaum Zuschüsse, keine Fahrtkosten, könnten mangels Geld weder Sachkenntnis von außen finanzieren noch sich selbst weiterbilden. Ein weiterer Kritikpunkt schließlich sind Rechtswidrigkeiten in Verträgen mit Pflegediensten. Während Versicherungen ihre Leistungen mit dem Tod eines Menschen einstellen, verlangten Pflegedienste oft noch Geld für den auf den Tod folgenden Monat, wodurch den Angehörigen bis zu 12.000 DM Kosten entstünden.

MUSTERVERFAHREN. Tagtäglich geht zur Zeit eine Vielzahl von Widersprüchen gegen die Rentenanpassungsmeldung zum 1.7. bei den Rentenversicherungsträgern ein. Der VDK hatte zum Widerspruch aufgefordert und Musterbriefe bereitgestellt, da die Renten willkürlich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt und um nur 0,6% gemäß der Inflationsrate „erhöht“ wurden. Um die Lahmlegung der Gerichte zu verhindern, haben einige Träger ein Musterverfahren eingeleitet.

SPLITTERBOMBEN. Seit 1969 veranstaltet die Bundesmarine „regelmäßig Landzielschießübungen auf der Schießbahn von Vieques“, beantwortete die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion. Vieques ist Teil von Puerto Rico und Puerto Rico ist nicht Teil der USA, sondern hat einen Autonomiestatus im Rahmen einer Assoziation mit den USA. Doch die BRD hat nicht, wie völkerrechtlich geboten, einen entsprechenden Vertrag mit der Autonomiebehörde Puerto Ricos, sondern lediglich mit der US-Navy als Vertreterin der US-Regierung geschlossen. Schlimmer: Die Bundesregierung gesteht in ihrer Antwort ein, Schießübungen mit Splitterbomben vorgenommen zu haben. In der Antwort heißt es: Für das Landzielschießen der Schiffe würden Sprenggranaten verschossen. Die Marinejagdbomber warfen pro Jahr 50 Sprengbomben, dazu kamen im Jahr 1999 60 Klusterbomben aus Beständen der USA – also erstmalig unter der rot-grünen Regierung. Der PDS-Abgeordnete Wolf stellt in einer PE die Fragen: Warum übt die Bundeswehr mit völkerrechtlich geächteter Munition? Warum benutzte sie dafür ein Gebiet, das faktisch wie eine Kolonie von den USA besetzt gehalten wurde? Warum tat sie dies, obgleich es heftige Proteste von der Bevölkerung von Puerto Rico und Vieques gegen die militärische Besetzung gab und gibt?

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

„Die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus ist keineswegs beendet“¹

Mit einem „Aktionsplan“² meldete sich der DGB-Landesbezirk-Nord am 19. Juli 2000 zu Wort: „Der Norden gegen RECHTS-Extremismus“ kündigt Maßnahmen an, die in den „nächsten Wochen und Monaten schrittweise umgesetzt“ werden sollen.

Die wiederholten Drohungen gegen den Elmshorner IG-Metall-Geschäftsführer Uwe Zabel haben beim DGB-Küste zum Gegenteil der vom Naziterror beabsichtigten Einschüchterung geführt. Zwei Tage, nachdem ein Plakat in Form eines Steckbriefes: „Gesucht: Uwe Zabel – IG-Metall-Vorsitzender von Elmshorn – Die linke Ratte hält sich in Elmshorn und Hamburg auf – Kopfgeld 10 000 Mark“ am 17. Juni an mehreren Stellen der Stadt verklebt wurde, stellte der DGB seinen 8-Punkte-Plan der Öffentlichkeit vor.

Die Kampagne militanter Neonazis aus Hamburg und dem Kreis Pinneberg gegen den Gewerkschaftler läuft allerdings schon seit Anfang des Jahres. Seither kam es zu mehreren Anschlägen auf die IG-Metall-Geschäftsstelle, und in der Nacht auf den 14. April hängten unbekannte Täter ein gleichlautendes Transparent an der Autobahn 23 bei Tornesch auf.

Noch im Mai 2000 neigte die gewerkschaftsoffizielle „Kommission Rechtsextremismus im Auftrage des DGB-Bundesvorstandes“¹ dazu, rechte Gewalt als „Verquickung von Protestkultur, rechtsextremen Orientierungen und Gewalt“ darzustellen und die Übergriffe auf eine rechte Jugendsubkultur zu reduzieren: „Fremdenfeindliche oder rassistische Straftaten werden in der Regel von oder aus informellen Gruppen heraus begangen, die schwach organisiert und instabil sind. Selbst bei schweren Delikten findet keine längerfristige Planung statt. (...) Die Mitglieder dieser Gruppen, ob Cliques, Freundeskreise, Skinheads oder Hooligans lassen kaum geschlossene rassistische oder rechtsextreme Einstellungsmerkmale erkennen.“

Nach den gezielten Angriffen auf Gewerkschaftler in Elmshorn und Bergedorf (am südlichen beziehungsweise nördlichen Stadtrand von Hamburg gelegen) mag man im Landesbezirk-Nord des DGB allerdings die Gefahr des politisch organisierten Neofaschismus nicht mehr derartig ausblenden: „Toleranz hat ihre Grenzen, denn der rechtsradikale Mob missbraucht die demokratischen Freiheiten, die die Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit anderen Demokraten in den letzten 100 Jahren erkämpft hat. Unsere

Gegner waren damals wie heute Faschisten, deren einziges Ziel es ist, Leben und Demokratie zu zerstören.“²

Solche Verlautbarungen und Äußerungen führender Gewerkschaftler wie dem Vorsitzenden der IG Metall Küste sind ein absolutes Novum, und das Engagement erschöpft sich nicht länger in Presseer-

sogar aus der Union laut, und auf der Pressekonferenz zur Halbjahresbilanz der Regierung kündigte Schröder seinerseits an, dass der Staat gegen „rechte Umtriebe“ zukünftig „mehr Härte zeigen“ werde.

Nur auf einen ersten, sehr flüchtigen Blick scheint es erfreulich, dass nach Jahren der Untätigkeit von Bund und Ländern das Problem rechter Gewalt erkannt und zur Staatsaufgabe gemacht wird. Die Auferkraftsetzung demokratischer Rechte unter positivem Bezug auf Sonderverordnungen gegen Hooligans – wie sie leider auch im Aktionsplan gefordert wird – heißt, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Wer die Verbote von Nazi-Aufmärschen und Organisationen als Staatsnotwehr begreift, verkennt die „Strategie der Spannung“, deren Terror die Entdemokratisierung der Gesellschaft selbst zum Ziel hat. Auch die im zweiten Gliederungspunkt anklingende Vorstellung, dass der Zentralstaat gegenüber den „kommunale Dienststellen“ nicht unterstützend, sondern „anweisend“ auftreten solle, scheint für eine Vorstellung zu sprechen, welche die Gefahr der Normverschiebungen beim „Volk“ und nicht beim „Staat“ sieht.

Anders als für Schily oder Schröder entspringt einem gewerkschaftlichen Selbstverständnis der „starke Staat“ nicht als Selbstzweck. Dies wird (ab dem Punkt 3) auch deutlich, wo die ordnungspolitische Gedankenwelt verlassen und die Frage von Bildungs- und Bündnisarbeit aufgeworfen wird. Auch der Kommissionsbericht stellt in diesem Sinne fest, dass es für ein „erfolgreiches gewerkschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus“ der „Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Denken und Handeln“ bedarf.

Hinter die Erkenntnis fällt allerdings der Aktionsplan selbst wieder zurück, da die ausgegebenen Handlungsorientierung jeglicher „Inhalte“ beraubt werden. Tatsächlich kommt eine politische Kampagne gegen rassistische und neofaschistische Gewalt nicht umhin, die Lebensinteressen zu benennen, welche von den Nazis angegriffen und von einer demokratischen Bewegung zu verteidigen sind.

Wird zum Beispiel ein Nazi-Aufmarsch verboten, müssen die Behörden erläutern, warum von einem „unfriedlichen“ Verlauf (gem. Art. 8 Abs. 1. GG) der Demonstration auszugehen ist. So erläutert Prof. Dr. Hans Peter Bull in einem von der Hamburger Innenbehörde in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten den unfriedlichen



Bild oben: Elmshorn. Die Gegenwehr gegen neonazistische Drohungen, Anschläge, Aufmärsche findet in den Gewerkschaften Rückhalt. Bild unten: Demonstration am 4. Juni in Hamburg.

klärungen und papierenen Beschlusslagen. Bereits im Mai führte Frank Teichmüller ein Gespräch mit Hamburgs Innensenator Wrocklage, in dem er die Forderung der IG Metall nach einem Verbot neonazistischer Organisationen und Aufmärsche bekräftigte und die Gewerkschaften stellen sich zum ersten Mal dem Problem rassistischer und neofaschistischer Gewalt im Sinne eigener längerfristiger Gegenstrategien. Zudem wurde mit der „Kommission erstmalig eine gewerkschaftliche Plattform geschaffen, auf der DGB und Mitgliedergewerkschaften gemeinsame Handlungsfelder benannt und Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus formuliert haben“.

Nach der neuesten Serie rassistischer und neofaschistischer Gewalttaten wird der Ruf nach härterem Durchgreifen nun

Verlauf von Veranstaltungen dann als gegeben, wenn „deren Zweck oder Verlauf die Begehung von Straftaten gegen Leben, Gesundheit, Freiheit oder sonstige erhebliche Rechtsgüter Dritter oder der Allgemeinheit mit sich bringt. Zu den Straftaten, die Unfriedlichkeit begründen, zählt insbesondere auch die Volksverhetzung (§ 130 StGB).“³ In diesem konkreten Sinne „inhaltlich“ wären die Forderung nach den Verbot der freien Kameradschaften und der NPD zu führen. In diesem Sinne „inhaltlich“ müsste die Auseinandersetzung um ein Antidiskriminierungsgesetz entwickelt werden.

Vorausgesetzt, der „innergewerkschaftliche Verständigungsprozess“ wird weitergeführt und die betriebliche Realität wird in Zukunft nicht vollständig ausgeblendet, dann ist die Diskussion über das Verhältnis von rechtsextrem Orientierungen und Modernisierungsprozessen bei den Gewerkschaften an der richtigen Stelle. Wo, wenn nicht hier, können Gegenstrategien entwickelt werden, die dem Konkurrenzkampf und der Entsolidarisierung der Lebens- und Arbeitswelt (vergl.: 2.4. des Berichtes: „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“) entgegenwirken. Entsprechend formuliert



Michael Ebenau seine Kritik am Bericht entlang der Frage gewerkschaftlicher „Eigenverantwortung“ und Perspektive:

„Das Eintreten für einen starken ‚Standort Deutschland‘ im internationalen Konkurrenzkampf ohne die Thematisierung internationaler Abhängigkeit und Ausbeutungsverhältnisse und ihre Folgen für die Menschen außerhalb der

kapitalistischen Wirtschaftszentren ist ein ungewolltes, aber gleichwohl vorhandenes Scharnier für die rassistische Ideologie rechter Gruppen und Organisationen: ‚Arbeit nur für Deutsche‘. Eine kritische Diskussion über die Rolle der deutschen Ökonomie im internationalen Verdrängungswettbewerb, über ihre Verantwortung für weltweite Fluchtbewegungen und über politischen Alternativen dazu ist vonnöten, auch in den Gewerkschaften selbst. Dies gilt gleichermaßen für eine Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen im eigenen Land und in der eigenen Organisation.“⁴ *kun*

1 N.N.: Bericht der Kommission Rechtsextremismus im Auftrag des DGB-Bundesvorstandes; Frühjahr 2000 (kann auf Anfrage: gnn-hhsh@otelo-online.de zugemailt werden).

2 „Medieninformation“ und Aktionsplan vom 19. 7.2000 (weitere Informationen über Andreas Hering, DGB-Nord: 040/2858207).

3 Prof. Dr. Peter Bull: Grenzen des grundrechtlichen Schutzes für rechtsextremistische Demonstrationen - Rechtsgutachten im Auftrag der Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg; Februar 2000.

4 Michael Ebenau: Es bleibt hoher Diskussionsbedarf - Zum Bericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB; in: *Sozialismus*, 7-8/2000, Hamburg.

Dokumentiert: Der Aktionsplan im Wortlaut

1. Der DGB-Landesbezirk Nord hat den Bundesminister Schily aufgefordert, in die Diskussion der Bedrohung von Rechts einzutreten und offensiv ein Verbot aller neonazistischen Organisationen anzukündigen. Es entspricht nicht den gewerkschaftlichen Traditionen, vor zunehmenden rechtsradikalen und neofaschistischen Aktivitäten die Augen zu verschließen, nur um eine etwa angebliche ‚Aufwertung‘ der Rechten zu verhindern. Wenn einzelne Gewerkschaftler bereits Personenschutz erhalten müssen, um ihr Leben vor Neonazis zu schützen, dann ist die Politik gefordert zu handeln!

2. Wir werden alle norddeutschen Innenminister anschreiben und fordern einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog gegen Rechts zu verabschieden, der auch öffentlich verabschiedet werden soll. Dieser muss u.a. zum Inhalt haben:
 – eine gezielt und offensive Überwachung der führenden Neonazis, u.a. durch Hausdurchsuchungen und Observierungen. Was im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr gegenüber Hooligans möglich ist, sollte auch gegenüber dem organisatorisch weitaus straffer geführten Organisationen und einzelnen Personen der Nazi-Szene möglich sein;
 – das Verbot einzelner regionaler Nazi-Organisationen. Ein politisches Betätigungsverbot für führende Neonazi-Kader im Rahmen der vorbeugenden Ge-

fahrenabwehr;

– die Anweisung an alle kommunalen Dienststellen der jeweiligen Bundesländer, Anträge von neonazistischen Organisationen auf Veranstaltungen, Demonstrationen und Aufmärschen auch unter Inkaufnahme von gerichtlichen Auseinandersetzungen zu verbieten;

3. Wichtigster Bestandteil des Aktionsplans ist übrigens die Gründung einer gewerkschaftlichen Aktions- und Koordinationsgruppe, die künftig alle Aktivitäten gegen Neonazis in Norddeutschland koordiniert. Aufgabe dieser Gruppe ist es, bereits vorhandene gewerkschaftliche Initiativen wie etwa das Konzept des Vereins „Für Demokratie und Toleranz“ in Mecklenburg-Vorpommern mit einzubeziehen und neue Formen der demokratischen Auseinandersetzung mit Neonazis zu entwickeln.

4. Wir richten persönliche Anschreiben an alle Oberbürgermeister, Bürgermeister in Norddeutschland. Darin werden wir auf die zunehmende Gewalt durch Neonazis hinweisen und sie gleichzeitig auffordern, künftig allen Anträgen auf Demonstrationen und Aufmärschen von Neonazis eine Absage zu erteilen.

5. Wir sind zur Zeit dabei, alle in den norddeutschen Länderparlamenten vertretenen Fraktionen anzuschreiben. Auch damit wollen wir auf die Gefahren aufmerksam machen, die von Rechts drohen und die nicht länger verschwiegen werden dürfen.

6. Wir ergreifen verstärkt die Initiative in den Schulen. Der DGB-Landesbezirk Nord schreibt alle Haupt-, und Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen an und fordert die Schulleiter und Lehrkräfte dazu auf, das Thema Neonazis verstärkt im Unterricht zu behandeln. Hierzu wird der DGB Nord gemeinsam mit externen Experten, Lehrern entsprechende Lehrpläne erarbeiten. Gleichzeitig wird eine gezielte Information der Lehrkräfte durch den DGB angeboten. Die Aktion „Demokratie macht Schule“ wird in diese Aktion mit einzbezogen.

7. Nach der Sommerpause organisiert der Landesbezirk Nord eine „Konferenz gegen Rechts“, zu der auch Ministerpräsidenten der norddeutschen Bundesländer sowie die Innenminister eingeladen werden. Ferner werden eingeladen: Gewerkschaftskollegin/Innen aus Schweden, England den Niederlanden, die ebenfalls Erfahrungen mit Rechtsradikalismus haben. Diese Konferenz wird ergänzt durch ein kulturelles Rahmenprogramm mit Plakaten, Flugblättern, Informationsständen usw.

8. Der DGB Landesbezirk Nord unterstützt gezielt die Gründung von regionalen Aktionsbündnissen gegen Rechts. Ziel dieser gewerkschaftlichen Bündnisarbeit ist es, ein gesellschaftliches Bündnis gegen Neonazis zu befördern und ein Netzwerk dieser Organisationen und Gruppierungen mit aufzubauen.

Was sind die Ursachen der zunehmenden faschistischen Gewalt? Wie kann sie bekämpft werden? Die staatliche Politik treibt die Entsolidarisierung der Gesellschaft voran und verbindet sie mit der Politik der Diskriminierung und Entrechtung der Migrantinnen und Migranten, reagiert auf gesellschaftliche Konflikte immer mehr nur mit Gewalt, praktiziert die Gewalt in den außenpolitischen Beziehungen ... Die fortgesetzte Verweigerung des Rechts auf Flucht, das Scheitern der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, der Angriffskrieg gegen Jugoslawien – das alles fördert das Erstarken der neonazistischen Gewalt. Die Beiträge aus Hamburg, Ludwigshafen und Düsseldorf beleuchten die Bedingungen der Gegenwehr.



Nach dem Brandanschlag in Ludwigshafen

Es geht nicht um „linke Chaoten“, es geht um die Flüchtlingspolitik und das Erstarken der Neonazis

Die Ludwigshafener Demonstration am 22. Juli gegen ausländerfeindliche Gewalt von Neonazis aus Anlass des Brandanschlags auf die Asylbewerber-Sammelunterkunft in Oppau ist im Nachhinein weniger wegen ihrer Anliegen, sondern wegen ihres etwas tumultischen frühzeitigen Endes in die Presse gekommen.

Zwei unterschiedliche Interessenblöcke kamen zur selben Veranstaltung: Die einen, die schon lange und immer wieder gegen Faschismus und Rassismus aktiv werden und teilweise Flüchtlinge aktiv unterstützen, und die anderen, die politisch die Verschärfung der Ausländergesetze, die faktische Beseitigung des Asylrechts mittragen, die neonazistische Umtriebe lieber ignorieren, die aber etwas gegen offene Gewaltakte haben und die um den guten Ruf Ludwigshafens und der Region bangen.

Letztere bedurften erst des Anstoßes durch die große und internationale Publizität des Brandanschlags und örtlicher Presserügen, um sich in Bewegung zu setzen; erstere waren schon Stunden nach Bekanntwerden zur Stelle und organisierten den Protest.

Nun werfen sich die Vertreter v.a. der beiden „großen Volksparteien“ auf und tönen, sie würden den Protest „der Bürger“ künftig selbst „professionell“ organisieren und die „Störer“ außen vor lassen. Wer hinderte sie unmittelbar nach dem Brandanschlag daran, Protest zu organisieren? Ihre eigene Theorie hinderte sie, die Neonazis „nicht aufwerten“ zu wollen, und ihre Nähe zu der Forderung der Nazis, die hier lebenden nicht nehmen AusländerInnen „rauszu-schmeißen“ bzw. einreisewillige abzuschrecken.

Zu regelrecht peinlichen „Hochleis-

tungen“ brachte er der gegenwärtige amtierende OB-Stellvertreter Zeiser in Ludwigshafen. Erst schwieg er lange, um dann die Hinderung des Innenstaatssekretärs an seiner Kundgebungsrede gleichzusetzen mit dem Brandanschlag, bei dem es um Leib und Leben ging.

Für die unterschiedlichen antifaschistischen und antirassistischen Kräfte stellt sich erneut die Frage: Wie geht man miteinander um, wie setzt man sich mit Menschen und Organisationen auseinander, die nur „Auswüchse“ als störend kritisieren, nicht aber unbedingt die politischen Grundlagen derselben; Menschen, deren humanes Empfinden eine hohe Auslöseshwelle hat, die gegen Gewalt aber nicht gegen Gewaltstrukturen sind? Wie „breit“ kann man Widerstand sinnvoll und wirkungsvoll organisieren, ohne ihn zu lähmeln? Ist öffentliche Ablehnung von Gewalttaten immer noch besser als heimliche oder gar massenhafte offene Billigung und direkte Anfeuerung der nackten Gewalt, auch wenn die politische Gewalt nicht kritisiert wird?

Diese Fragen werden nun „aufgearbeitet“ werden müssen; denn die Neonazis lassen keineswegs locker und haben weitere Aktionen in Ludwigshafen bereits angekündigt, z.B. für den 1. Mai 2001.

Und den hier lebenden Flüchtlingen muss ein menschenwürdiges und angstfreies Leben gesichert werden. Ganz praktisch: Es muss erreicht werden, dass die noch in der Sammelunterkunft lebenden Familien Wohnungen bekommen.

tht (aus: Kommunal-Info Mannheim)

Versuch einer Chronik der Auseinandersetzung mit dem faschistischen Brandanschlag

Nacht vom Samstag 15. auf Sonntag, 16.7.: Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft Oppau. Drei verletzte Kinder, eines davon schwer.

Montag 17.7.: Breite Presseberichterstattung über den Anschlag, auch international. Allgemein wird ein Zusammenhang mit der erstarkenden militänen Neonaziszen in Rhein-Neckar, besonders in Ludwigshafen hergestellt.

18.00 Uhr: Spontane Kundgebung in Oppau, ca. 300 Beteiligte.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar ruft am Abend zu einer Demonstration für Samstag, 22.7., 12.00 Uhr auf, Treffpunkt auf dem Berliner Platz in Ludwigshafen.

Die „Bürgerinitiative gegen Rechts“ in Ludwigshafen beschließt auf Bitten der Antifaschistischen Aktionsbündnisses, die Demonstration zu dem bereits auf einem Flugblatt vorgegebenen Termin anzumelden. Niemand soll ausgesperrt werden.

Mittwoch, 19.7.: Die „Rheinpfalz“ geißelt das „peinliche Schweigen“ der politischen Parteien in Ludwigshafen mit Ausnahme der Grünen.



Abends tagt die Bürgerinitiative gegen Rechts. Alle Gruppen, Initiativen und Organisationen, die sich an der Demonstration beteiligen wollten, waren eingeladen. Es erscheinen derer 25, einschließlich Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und dem städtischen Ordnungsamt samt Polizei, nicht jedoch die Antifa. Als Minimalkonsens wird vereinbart: „Bunte Vielfalt gegen rassistische Gewalt. Genug! Nicht warten, bis es Tote gibt!“ Die Forderung nach Abschaffung der Sammelunterkünfte und die Beendigung der Abschiebungen ist jedoch nicht konsensfähig. Alle die Demonstration unterstützenden Organisationen und Gruppen sollen die Gelegenheit zu einem maximal fünfminütigen Statement eingeräumt bekommen.

Mittwoch auf Donnerstag, 20.7.: Die Polizei verhaftet vier tatverdächtige Jugendliche aus der Neonaziszene im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

Donnerstag, 20.7.: Die Grüne Bundes- sprecherin Künast besichtigt den Tatort und fordert dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen...

Die örtlichen Parteienvertreter äußern sich „bestürzt“ über das jugendliche Alter der Täter.

Freitag, 22.7.: Die „Rheinpfalz“ wirft der Politik erneut Versagen vor und kritisiert, dass sich kein Parteien-Landeschef und auch nicht der Innenminister geäußert hätten.

Die Stadtverwaltung gibt bekannt, auf der Demonstration keinen Redebeitrag zu halten. Die Kundgebung solle „eine Plattform für die bürgerschaftlichen Gruppierungen und Parteien sein“ (MM 22.7.)

Spät abends ängstigt ein ausländerfeindlicher verbaler Angriff die Bewoh-

nerInnen der Unterkunft erneut.

Samstag, 23.7.: Bis unmittelbar vor der Demonstration melden sich noch RednerInnen bei der Bürgerinitiative, u.a. der Staatssekretär im Innenministerium, Ernst Theilen. Es kommt zu Auseinandersetzungen um die Position auf der umfangreichen Redeliste.

12.00 Uhr: Die Anfangskundgebung beginnt auf dem Berliner Platz. Es sprechen Arnold Willibald von der Bürgerinitiative und Bernd Langkafel, Vorsitzender der evangelischen Bezirkssynode für die beiden großen Kirchen. Willibald äußert Genugtuung darüber, dass es – anders als am 1. Mai – zu einer breiten Aktion gekommen sei und verschwiegt die Schwierigkeiten hierbei nicht.

Die Demonstration, an der schließlich lt. Presseberichten 1.200 Personen, laut anderen Zählungen ca. 800 teilnehmen, bewegt sich dann durch die Fußgängerzone zum Rathaus-Center und dann zu dem kurzfristig ausgewählten Kundgebungsplatz Ludwigplatz. Unterwegs sprechen zwei Vertreter der Antifa und richten scharfe Angriffe auf die Regierungsparteien im Rathaus, Landtag und Bundestag (CDU, Grüne, SPD).

Bei der Schlusskundgebung sprechen zunächst eine kurdische Frau aus der Asylbewerberunterkunft, die um Hilfe bittet und die Angst der BewohnerInnen zum Ausdruck bringt. Es folgen Beiträge von DGB, IGM und IG Medien.

Als der Innenstaatssekretär das Wort erteilt bekommt, erhebt sich lautstarker Protest, nicht nur bei den AnhängerInnen der Antifa. Letztere stürmen die Bühne mit Transparenten, aber ohne jeden Versuch handgreiflicher „Bereinigung“ der

Situation.

Da der Staatssekretär nicht bereit ist, auf seinen Beitrag zu verzichten, aber auch kein Gehör findet, bricht Arnold Willibald als Anmelder der Kundgebung diese ab. Auf der Redeliste stehen noch sieben Leute, v.a. von den örtlichen Parteien.

Die meisten DemonstrationsteilnehmerInnen verharren auf dem Platz. Über ein Megafon hält ein Vertreter der ARI Mannheim seinen für die Kundgebung vorbereiteten Beitrag und gibt aktuelle Informationen über die Lage der Flüchtlinge in der Unterkunft. Die Versammlung löst sich dann schließlich auf.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz äußern sich vor allem die Vertreter der örtlichen Parteien, der Stadt sowie der Staatssekretär. Es sei „kein guter Tag für Ludwigshafen“ (Ramsauer, SPD). Arnold Willibald hebt hervor, dass der Auftritt des Staatssekretärs zweifellos von vielen als Provokation empfunden werden musste. Insbesondere von jenen, die als einzige am 1. Mai mit der Bürgerinitiative zusammen dem NPD-Aufmarsch entgegentreten seien.

(Aus: Kommunal-Info Mannheim)



Antifa-KOK Düsseldorf

„Wortreiche Erklärungen genügen nicht mehr ...“

Alle bisherigen Anzeichen deuten darauf hin, dass Fremdenhass und Antisemitismus der Hintergrund des blutigen Mordanschlags in Düsseldorf sind. Betroffen von dem Anschlag sind eingewanderte Russlanddeutsche, fast alle jüdischer Herkunft. Die Bombe wurde in dem Augenblick zur Explosion gebracht, als diese Gruppe von Menschen von einem Sprachunterricht kam und sich auf dem Wege zur S-Bahn-Station befand.

„Die Gefahr ist unterschätzt worden“, konstatiert jetzt selbst Heinz Fromm, Verfassungsschutzpräsident, in der *Süddeutschen* vom 29./30. Juli. Die Grünen-Vorsitzende Renate Künast fordert: „Die Politik müsse zur Kenntnis nehmen, dass rechtsradikale Gruppen längst „terroristische Ansätze“ zeigen.“

Fast täglich kommt es in Städten und Gemeinden zu Gewalttaten. Listen von

antifaschistisch engagierten Personen werden in Umlauf gebracht und so kaum verhüllt zu Mordanschlägen aufgefordert. Die Abscheu-Erklärungen von verantwortlichen Politikern, die sicher aufrichtig gemeint sind, genügen nicht mehr.

„Politik und Justiz müssen sich fragen lassen, was sie selber zu dieser Entwicklung beigetragen haben“, so Peter Gingold, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Durch die Förderung von Ausländerfeindlichkeit auch in der etablierten Politik und durch die Gewährung von neonazistischen Aufmärschen seitens der Justiz und Polizei hätten „Neonazis die Gelegenheit bekommen, massenhaft ihr vergiftendes Gedankengut zu verbreiten. Neofaschistische Parteien wie NPD, DVU und Republikaner könnten gewählt werden“. Nun müsse endlich gehandelt werden, damit weiteren blutigen Gewalttaten der Boden entzogen werde.

Angesichts der bisher bekannten Fakten hält auch der Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Umgebung (Antifa-KOK) einen rassistisch und antisemitisch motivierten gezielten Mordanschlag von Neonazis für

naheliegend. „Bundesweit vollzieht sich im Neonazi-Spektrum eine Entwicklung hin zu terroristischen Eskalationsstrategien,“ so die Sprecherin Anna Names. Offen wird die Option einer terroristischen Strategie diskutiert. Der neonazistische Überfall auf TeilnehmerInnen an einer Gedenkveranstaltung am 9. Juli 2000 an der KZ-Gedenkstätte Kemna (Wuppertal) zeige, dass auch in NRW solche Tendenzen erkennbar sind. Die „Kameradschaft Düsseldorf“ gehöre zu den aktivsten Gruppen in NRW. An Waffen und Sprengstoff heranzukommen, sei für die Neonazi-Szene noch nie ein Problem gewesen. Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass der Sprengstoffanschlag am S-Bahnhof Wehrhahn nicht von Neonazis verübt wurde, ist es höchste Zeit, diese Entwicklung zu stoppen, so Anna Names.

Für Sa, den 5. August, ruft Antifa-KOK zu einer Demonstration auf:

12.00 Uhr, Dorotheenplatz, Düsseldorf Flingern (Nähe S-Bahnhof Flingern)

*Antifa-KOK c/o AStA FH,
Tel. 0172-2111311, Fax 0211-358997,
www.zakk.de/kok/*

BMJ schraubt mieterfreundliche Reformansätze zurück

Das Bundesjustizministerium hat die ohnehin nur im Ansatz erkennbaren mieterfreundlichen Einschläge der Mietrechtsreform wieder zurückgenommen. Mieter helfen Mieter ist enttäuscht, dass von den vollmundigen Ankündigungen einer asymmetrischen Kündigungsmöglichkeit und einer Herabsetzung der Belastungen nach Modernisierungen fast nichts mehr übrig ist.

So hatte der Referentenentwurf vorgesehen, Mieterinnen und Mieter grundsätzlich eine dreimonatige Kündigungsfrist unabhängig von der Mietdauer einzuräumen. Bislang kann die Kündigungsfrist je nach Wohndauer bis zu einem Jahr betragen. Nunmehr soll die Kündigungsfrist immerhin noch sechs Monate ausmachen, was vor dem Hintergrund der Forderung an Mieterinnen und Mieter nach hoher Mobilität nicht nachvollziehbar ist. Angesichts der extrem hohen Mieten müssen somit Mieterinnen und Mieter weiterhin unerträgliche Doppelzahlungen leisten, wenn ihr Vermieter sie nicht vorab aus dem Mietverhältnis entlässt.

Auch die Modernisierungsumlage soll weiterhin bei 116% statt – wie zwischenzeitlich vorgesehen – bei 9% liegen. Das heißt, der Vermieter kann 11% seiner Investitionskosten auf die Jahresmiete umlegen und wird somit vollständig von der Kostenbelastung einer Modernisierung freigehalten – die Mieterinnen und Mieter zahlen quasi die gesamte Rechnung.

Mieter helfen Mieter fordert die Parlamentarier auf, die nunmehr gefragt sind, diese Rückschritte wieder auszubügeln und stattdessen bei den zahlreichen mieterfeindlichen Regelungen wie z.B. bei der erleichterten Rechtfertigung überhöhter Mietforderungen oder der Einführung des sog. Zerrüttungsgedankens in das Mietrecht anzusetzen, um Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter durchzusetzen.

PE Mieter helfen Mieter Hamburg



Wichtige Klarstellungen, offene Fragen

Wir berichteten in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte (S. 5) über einen Offenen Brief an den PKK-Präsidialrat und dessen Antwort. Es ging – und geht – um das Schicksal einer Gruppe, die sich von der PKK getrennt hat und von der ca. 30 Mitglieder von der PKK inhaftiert (gewesen) sein sollen. Das PKK-Parteiorgan „Serxwebun“ hatte in der Juni-Ausgabe von „Verrat“ und „Kriegsbedingungen“ gesprochen und „härteste Sanktionen“ angedroht und damit große Besorgnis gerade bei mit der kurdischen Bewegung solidarischen Menschen ausgelöst.

Aus den zahlreichen Stellungnahmen und Antworten der kurdischen Seite, die seither veröffentlicht wurden, sind zwei wichtige Klarstellungen zu berichten. Einige der im offenen Brief genannten Personen haben sich öffentlich zu Wort gemeldet und erklärt, sie seien nicht in Opposition zum Kurs des Präsidialrates und auch nicht in Haft. Von anderen der genannten Personen wird gesagt, dass sie bei der PUK seien. Die PKK lud an Aufklärung Interessierte dazu ein, nach Südkurdistan zu kommen, dort direkt mit kurdischen Vertretern zu sprechen und sich so selbst ein Bild der Lage zu machen.

Sodann schrieb der frühere Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz, in einem Brief an die Erstunterzeichner des offenen Briefes, der am 25.7. in Özgür Politika veröffentlicht wurde: „Die Todesstrafe ist in der PKK verboten worden.“ Das Mitglied des Zentralkomitees der PKK Ali Haydar Kaytan führte in einer Sendung des kurdischen Fernsehens MEDYA-TV am 23.7. aus, dass die härteste Strafe, die die Satzung der PKK und der kurdischen Guerilla kennt, der Ausschluss ist.

Die PKK hat einen erheblichen Teil der Anfragen, die mit dem Offenen Brief an sie gerichtet wurden, aufgeklärt. So weit, so gut. Die Vorwürfe der Verleumdung und Verschwörung jedoch, die in fast allen Verlautbarungen der kurdischen Seite gegen die Initiatoren des Offenen Briefes geäußert werden und die in der Behauptung gipfeln, Ziel der Aktion sei gewesen, die drohende Kriegserklärung der PUK gegen die PKK „propagandistisch vorzubereiten“ – so in einer Erklärung von YEK-Kom vom 27.7. – sind durch nichts gerechtfertigt. Die Maßlosigkeit dieser Vorwürfe erweckt vielmehr den Eindruck, dass hier jemand bemüht ist, Spuren zu verwischen. Die Androhung „härtester Sanktionen“, im Zusammenhang mit Begriffen wie „Verrat“, „Liquidation“, „Kriegsbedingungen“, ist nicht, wie die diversen Verlautbarungen vorspiegeln, ausgedacht: Sie wurde in „Serxwebun“ veröffentlicht. Auch

wenn nun erstmals klargestellt wurde, dass die PKK-Satzung härtere Sanktionen als den Ausschluss nicht zulässt – die unverantwortlichen Drohungen, die Schlimmeres als einen Ausschluss nahe legen, sind eine Tatsache. Können die Verantwortlichen, selbst wenn sie an nichts anderes als an einen Ausschluss gedacht haben sollten, wirklich ausschließen, dass sich jemand durch die Autorität von Serxwebun zu Angriffen legitimiert fühlt? Der Übergang vom bewaffneten auf den politischen Kampf verlangt von der kurdischen Befreiungsbewegung und ihren Organisationen sehr viel – auch, dass sie die unvermeidlichen Widersprüche in den eigenen Reihen sorgfältig behandelt und die Wirkung bedenkt, die auch Worte haben.

So fehlt unter den zahlreichen Stellungnahmen von kurdischer Seite die vielleicht wichtigste, die Stellungnahme von „Serxwebun“. Sie könnte auch definitiv aufklären, nicht nur, dass etliche der im Offenen Brief namentlich genannten Personen nie festgenommen waren, sondern auch, dass die tatsächlich Verhafteten inzwischen auf freiem Fuß sind. Denn der Vorwurf einiger aufgeregter Stellungnahmen, die Behauptung von Verhaftungen sei pure Verleumdung, trifft ins Leere. In eben der Juni-Ausgabe (Nr. 222) von „Serxwebun“ war auf S. 7 zum „internationalen Komplott“ zu lesen: „Diese Haltung findet ihren Ausdruck in der Vorgehensweise, dass sie sich organisiert haben, um gegen die Partei zu kämpfen. Sie fassten deshalb Entscheidungen, machten einen Plan und entsprechende Aufgabenverteilung. Danach begannen sie ihre erwähnten Aktivitäten. Der Kampf, den wir geführt haben, die Verhaftungen, die wir gemacht haben, und aus den Verhören, die wir ebenfalls durchgeführt haben, aus diesen erhielten wir diese Informationen. In unserer Hand befindet sich ein Brief. Eine Delegation ging zur PUK. Man hat Gespräche mit Funktionären der PUK geführt. Wir haben diejenigen, die diese Gespräche geführt haben, festgenommen und verhaftet.“

Trotz der wichtigen Klarstellungen ist das Anliegen des Offenen Briefes immer noch nicht erledigt. Die PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke und Carsten Hübner sowie andere haben die Einladung nach Südkurdistan angenommen. Es sollte möglich sein, die beiderseitige Kritik freimütig, freundschaftlich und solidarisch zu erörtern und die noch offenen Fragen zu klären.

sc

KURDISTAN RUNDRIEFT

Für Selbstbestimmung und Menschenrechte

• 15.07.2000

Bundesleiter der Theatergruppe

„Teatro Jíama Ni“

Die Theatergruppe „Teatro Jíama Ni“ ist des kulturellen und sozialen Zusammenschlusses der kurdischen Flüchtlinge auf Tunesien. Hier die nächsten Termine:

- 27.7. Saarbrücken
- 28.7. Stuttgart (Endeheide, Rotte)
- 1.8. (Fest)

„Wir sind in der Lage, uns selbst zu verteidigen“

Comuna maya über jüngste Entwicklungen in Kurdistan

Der Präsident der PKK/Chilekka war am 27.7.2000 in die kurdische Stadt Van eingetroffen. Hier die nächsten Termine:

- 27.7. Saarbrücken
- 28.7. Stuttgart (Endeheide, Rotte)
- 1.8. (Fest)

Heute ist der Krieg gekommen. Wann ist der Übergang zwischen demokratischem Krieg und Frieden? Werden die kurdischen Kämpfer Kämpfer des Friedens sein?

Halbjahresabo: 45,50 DM. Bestellung bei GNN-Berlin, s. Seite 2

Massenverlegung in Isolationsgefängnisse, blutige Gewalt

Die Türkische Republik scheint entschlossen, in den nächsten Wochen die sog. F-Typ-Gefängnisse durchzusetzen und vor allem die rund 10.000 politischen Gefangenen in Isolationszellen zu verlegen.

Die Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen sind in vielfacher Hinsicht katastrophal – die Gefangenen leiden unter Überfüllung, vorenthaltender medizinischer Versorgung, unzureichender Ernährung, Willkür, Angriffen ... Doch der Bau neuer, hochmoderner Gefängniskomplexe, den die TR in den letzten Jahren forcierte, hat nichts mit einer Verbesserung der Bedingungen zu tun, im Gegenteil. Gerade die politischen Gefangenen, die oft auf engem Raum zusammenleben, haben sich in hohem Maße selbst organisiert; mittels der F-Typ-Gefängnisse mit ihren Isolationszellen will die TR die Kontrolle über die Gefängnisse vollständig wiederherstellen, die Selbstorganisation der politischen Gefangenen zerschlagen. Sie hat bereits mehrere gewaltsame Anläufe genommen, die vielen Gefangenen das Leben kosteten, ist dabei jedoch am todesmutigen Widerstand der Gefangenen immer wieder weitestgehend gescheitert.

Auch jetzt geht sie mit unglaublicher Brutalität vor. Amnesty International schildert die Gewaltorgien, die Gendarmen und Angehörige der Sicherheitskräfte gegen Gefangene im Gefängnis Burdur verübt haben, die sich zum Schutz ihres Lebens zu verbarrikadierten suchten. Sie griffen an mit Bulldozern, Eisenstangen und Steinen und schreckten auch nicht davor zurück, schon bewusstlose Gefangene aufs Schwerste zu misshandeln. Dutzende Gefangene sind schwer verletzt, einer wurde der Arm abgerissen. 41 Gefangene wurden schließlich verlegt und verschwanden in Isolationszellen.

Die politischen Gefangenen sind entschlossen, sich nicht freiwillig verlegen zu lassen. Es ist zu befürchten, dass die Türkische Republik in den nächsten Wochen neue, furchtbare Massaker zur Durchsetzung der Isolation durchführen wird.

Wieder ist die BRD beteiligt. Zu ihren Exporten in die Türkei gehören nicht nur Waffen, sondern auch Baupläne für Hochsicherheitstrakte. Auf eine Anfrage von Heidi Lippmann, PDS-Fraktion, teilte das Auswärtige Amt mit, dass 1990 eine Delegation türkische Beamter die JVA Stuttgart-Stammheim besichtigt hat. Laut Auskunft der türkischen Botschaft diente der Besuch „der Entwicklung eines Projektes ... für den Bau von den Normen des Europarates und der Vereinten Nationen entsprechenden neuen und modernen Strafvollzugsanstalten in der Türkei“.

scc

WIDERSTANDORT PRAG

gegen Weltbank- und IWF-Gipfel

Vom 26.-28. September 2000 findet in Prag das jährliche Gipfeltreffen von Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfonds) statt – zum ersten Mal in einem ehemals sozialistischen Land. Auch diese Tagung wird von massiven Protesten begleitet sein. Als Höhepunkt der Aktionen sind eine Demonstration am 23. September (Sonnabend) und Protestaktionen am 26. September, dem Eröffnungstag der Konferenz, geplant. In dem Aufruf für den 23. September, der u.a. vom Gewerkschaftsverband Böhmens, Mährens und Schlesiens, der Sozialistischen Arbeiterorganisation, dem Kommunistischen Jugendverband, der Bewegung für eine gerechte Gesellschaft und bekannten Persönlichkeiten des linken Spektrums unterzeichnet ist, heißt es:

„Diese weder gewählten noch zur Rechenschaft ziehbaren Organisationen (IWF und Weltbank) sind verantwortlich für die verheerenden Schulden, die unbarmherzigen Sparmaßnahmen, den Sozialabbau, die Privatisierungen und den Hunger, unter denen die Völker Afrikas,

Asiens, Lateinamerikas, Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion leiden. Am 30. November 1999 gaben in Seattle (USA) Zehntausende Teilnehmer an Protestaktionen – Gewerkschafter und Jugendliche – ihrer Opposition gegen diese Politik der internationalen Finanzinstitutionen anlässlich der Tagung der Welthandelsorganisation WTO Ausdruck. Die Konferenz wurde durch die gemeinsame friedliche Aktion von Gewerkschaften und antikapitalistischen Aktivisten zu einem vorzeitigen Ende gebracht.

Wir, die Unterzeichner dieses Appells aus der Tschechischen Republik, unterstützen die gewaltlosen Proteste gegen IWF und Weltbank und appellieren an internationale – insbesondere europäische – Organisationen und Einzelpersonen, sich an der Massendemonstration der Arbeiter und der Jugend am 23. September 2000 in Prag und an den Begleitveranstaltungen dazu zu beteiligen.“

Unter folgenden Hauptlösungen wird zu der Demonstration aufgerufen:

- Annulierung der Schulden der Dritten Welt und der osteuropäischen Länder!

Die Herbsttagung von IWF und Weltbank ...

... wird im Prager Kongresszentrum stattfinden. Der 1981 eröffnete frühere Kulturpalast, der zwischen der Nusler Brücke der Stadtautobahn und den alten Burganlagen des Vyšehrad liegt, wurde eigens dafür um- und ausgebaut. Kostenpunkt: 2,8 Milliarden Kronen (ca. 150 Millionen Mark).

Den Teilnehmern an der IWF/WB-Konferenz im September werden 70 Audi-Limousinen und Kleinbusse mit Spezialausrüstung zur Verfügung stehen. Die Wagen werden von der Volkswagen AG „zur Verfügung gestellt“. Kostenpunkt für den Steuerzahler: ca. 100 Millionen Kronen (5,5 Mio DM). VW ist mittlerweile einziger Eigentümer der Škoda-Autowerke in Mladá Boleslav. Der Konzern erwarb das restliche 30%-Aktienpaket vom tschechischen Staat für 12,3 Mrd. Kronen (650 Millionen DM). Das Finanzministerium hatte vorher 19 bis 20 Mrd. Kronen als angemessenen Preis genannt.

Unter dem Druck von IWF, Weltbank, EU-Kommission und Nationalbank kündigte die tschechische Regierung für das Jahr 2001 eine „Reform“ des Staatshaushaltes an, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Letzteres betrug 1999 29,6 Milliarden Kronen (1,6 Milliarden Mark), d.h. es stieg

seit 1996 (1,6 Mrd. Kronen = 90 Mio DM) auf mehr als das 18-Fache. Für dieses Jahr ist ein Defizit von 35,2 Milliarden Kronen eingeplant, im Einverständnis mit der „oppositionellen“ ODS. Im nächsten Jahr soll diese Summe auf 20 Milliarden reduziert werden – auf Kosten der Ausgaben für den Sozialsektor und die Renten.

Nachdem die Zahl der erwarteten Globalisierungsgegner monatelang mit 20.000 beziffert wurde, sprach Radio Prag kürzlich erstmals von 50.000 voraussichtlichen Teilnehmern an den Protestaktionen. Innenminister Gross beschwerte sich, dass er nicht genug Geld für die „Gewährleistung der Sicherheit“ erhalten habe. Er hat 240 Millionen Kronen gefordert und will 11.000 Polizisten einsetzen.

Die Stadtverwaltung des Stadtteils Prag 1 hat der „Einheitsfront“ von linken Organisationen und Globalisierungsgegnern untersagt, in der Zeit vom 23. bis 29. September täglich auf dem Altstädter Ring Protestaktionen gegen IWF und Weltbank durchzuführen. Begründung: Die ODS (Demokratische Bürgerpartei) habe den Platz, ebenso wie den Wenzelsplatz, für die Zeit vom 18. September bis zum 2. Oktober reserviert, um dort „Begleitveranstaltungen“ zum IWF/WB-Gipfel durchzuführen.

Wie Radio Prag berichtete, hat das Prager Stadtgericht die Entscheidung des Be-

- Errichtung einer demokratisch kontrollierten internationalen Entwicklungsbank, die die notwendigen Mittel für Erziehungs- wesen, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und Wohnungsbau zur Verfügung stellt!

- Schluss mit der Abhängigkeit von den multinationalen Monopolen! Besteuerung der Multis und der Transaktionen des spekulativen Kapitals!

Zur Planung von Aktivitäten gegen die IWF/WB-Konferenz trifft sich seit letztem Sommer in Prag die „Initiative gegen ökonomische Globalisierung“ (INPEG), die sich selbst als „lockeres Bündnis verschiedener Umwelt- und Menschenrechtsguppen, von Gruppen aus dem autonomen/anarchistischen Spektrum sowie weiterer Organisationen und Individuen“ vorstellt, „die bereit sind, gegen den Gipfel der Weltfinanzoligarchie Widerstand zu leisten“. INPEG plant eine Kampagne mit Aktionen wie gewaltfreie Demonstrationen, Info-Veranstaltungen, Kunst- und Widerstands-Festival sowie einem Gegengipfel als Hauptwiderstandsaktivitäten.

Zusammen mit INPEG fand am 17./18. Juni ein internationales Vorbereitungstreffen in Prag statt. „70 Leute aus 13 Ländern trafen sich dort“, heißt es in

zirksrates für den zweiten Stadtbezirk aufgehoben, mit der eine Demonstration der Initiative gegen Globalisierung am 25. September auf dem Friedensplatz (náměstí míru) verboten werden sollte. Für ein derartiges Verbot gebe es keine rechtliche Grundlage, entschied das Gericht.

Freude bei den Prager Schulkindern: in der letzten Septemberwoche haben sie außerplanmäßig frei. Trübe Aussichten bei den Prager Theatern: Das Innenministerium empfahl nicht nur den Touristen, Prag während der IWF/WB-Tagung zu meiden, sondern forderte nach Informationen der Tageszeitung Pravό auch die Theater auf, ihre für diese Zeit geplanten Aufführungen zu „verschieben“.

Mit Wirkung vom 1. Juli wurde der für einen erwachsenen Arbeitnehmer in Tschechien zu zahlende Minimallohn um 500 Kronen auf nunmehr 4500 Kronen (ca. 240 DM) angehoben. Nach Abzug der steuerlichen und sozialen Beiträge verbleiben einem entsprechenden Arbeitnehmer 3783 Kronen (ca. 200 DM) netto, womit er noch um 13 Kronen über dem als Sozialhilfesfall eingestuften Lebensminimum von 3770 Kronen liegt.

Die tschechische Regierung, die die Erhöhung im Mai bewilligte, will damit erreichen, dass Arbeitslose sich vermehrt um eine Erwerbstätigkeit bemühen (Radio Prag, 3.7.2000).

(Aus: DTN)



einem Bericht von Beteiligten, „um die Aktivitäten gegen IWF und Weltbank zu koordinieren. Dabei waren Aktivisten u.a. aus Tschechien, Deutschland, England, Österreich, Spanien, Finnland, Norwegen, Niederlande, Frankreich, Italien und den USA.“ Beschlossen wurde u.a.:

- eine Aktionswoche vom 22. bis 28.9. mit Demos, Gegengipfel und anderen Aktionen
 - Internationaler Aktionstag am 26.9.2000 (Global action day)
 - Aktionen am 26.9. ab dem frühen Morgen. Ab 9 Uhr Sammeln an drei Kundgebungsstufen. Von dort „verschiedenste Aktionen in der Stadt“
 - Um 13 Uhr soll eine Massendemonstration zum Konferenzort ziehen

In dem europaweiten Aufruf, der bei diesem Treffen in Prag verabschiedet wurde, heißt es:

„Etwa 20.000 Repräsentanten des Kapitals werden im September in Prag erwartet, um am 55. Gipfeltreffen von IWF und Weltbank teilzunehmen. Dieses Prestigetreffen wird das erste dieser Art in Mittel- und Osteuropa sein. Die Delegierten werden sich treffen, um für die weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft ein Konzept vorzuschlagen, das auf der Festlegung neuer Bedingungen für die Kreditvergabe und neuen Strukturierungsprogrammen beruht. Der IWF behauptet, dass einzig die weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die globalen Probleme lösen kann. Aber das Gegenteil ist der Fall: Diese wird die Probleme nur verschärfen, weil es an erster Stelle das Kapital ist, das diese Probleme geschaffen hat.“

Deswegen ist das Gipfeltreffen in Prag eine Herausforderung für alle, die über das Schicksal der heutigen Welt besorgt sind. Die Einflussnahme von IWF und Weltbank hat seit mehr als 50 Jahren das Leben von Menschen ruiniert. Immer mehr Menschen fangen an, diesen Zusammenhang zu durchschauen. Die Ereignisse in Seattle beim WTO-Treffen im

letzten November und in Washington im April haben gezeigt, dass sich eine riesige Welle von globalem Widerstand gegen die sich ausbreitende Macht des globalen Kapitals aufbaut. Das IWF/Weltbank-Treffen in Prag wird unsere nächste große Gelegenheit sein, den Kampf für globale Gerechtigkeit und Gleichheit fortzuführen. ... Wir rufen so viele verschiedene Gruppen und Einzelpersonen wie möglich auf, diesen Aufruf zu unterstützen und die globale Aktion in Prag im September mit zu organisieren. ... Wir rufen Euch auf, Euch am Protest in Prag zu beteiligen und Aktionen im eigenen Land zu organisieren.“

Adressen für weitere Informationen:

Kommunistischer Jugendverband der CR:
KSM, Fax: 00420-2-22897442,
E-mail: KSM@seznam.cz

Initiative gegen ökonomische Globalisierung:
E-mail: INPEG-prague2000_cz@hotmail.com

Projektwerkstatt: Jörg Bergstedt,
0641-903283 oder 0171-8348430, E-mail:
projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

Linksruck: Yaak Pabst, Tel.: 040-3179230-1 oder -3; Fax: 040-31792350,
E-mail: zentrale@linksruck.de

Kolumbien

Farbenprächtige Exposhow und die Tatsachen

Hannover. Am 20.7. wurde der Nationaltag Kolumbien auf der EXPO mit „viel Tanz, Erotik und Exotik“ farbenprächtig gefeiert. Jenseits der schönen EXPO-Scheinwelt informierten Lina und Margarita Arregocés aus Kolumbien auf einer leider nur von wenigen Interessenten besuchten Veranstaltung im Pavillon über Lebens- und Arbeitsbedingungen von Blumenarbeiterinnen in diesem südamerikanischen Land.

Die Blumenproduktion ist die dritt-wichtigste Export-Wirtschaftsbranche Kolumbiens, nach Holland die Nummer 2 auf dem Weltmarkt für Schnittblumen. Die Blumenproduktion liegt in der Hand von fünf Familien, die eng mit dem Staatsapparat verflochten sind. Die Umwelt wird durch die Blumenproduktion zerstört, das notwendige Wasser wird bis zum Grundwasser abgegraben, so dass die Einwohner im Umkreis der Blumenproduktion sich für viel Geld inzwischen das Trinkwasser kaufen müssen. Hungerlöhne (DM 350 im Monat bei fester Beschäftigung), ungeregelte Arbeitsverhältnisse, die dazu führen, dass die Frauen nicht kontinuierlich die Kinder ver-



sorgen können, katastrophale Wohnverhältnisse, mehrere Familien teilen sich aus Kostengründen eine Wohnung, vier bis fünf Personen in einem Zimmer sind die Regel, Fehlen jeglichen Arbeitsschutzes, Pestizide und andere hochgiftige Pflanzenschutzmittel werden intensiv eingesetzt, ohne dass die Arbeiterinnen Schutzmasken tragen. Diese chemischen Produkte kommen überwiegend aus der bundesdeutschen Chemieindustrie. Die Referentinnen schlossen nicht aus, dass auch Produkte eingesetzt werden, die in der Bundesrepublik längst verboten sind. Haut- und Bronchialkrankheiten sind stark verbreitet. Sexuelle und sonstige Nötigung sind für die Blumenarbeiterinnen die Realität. Die beiden Referentinnen berichteten über den schwierigen und schließlich gescheiterten Versuch, eine unabhängige Gewerkschaft der Blumenarbeiterinnen aufzubauen. Schon die kleinsten Forderungen werden als Widerstand geahndet. In einem Betrieb wurde das Trinkwasser neben den Pflanzen „schutz“ mitteln gelagert. Die Forderung, dies zu ändern, führte zur Entlassung desjenigen, der sich dafür einsetzte. Wo ein Streik gelingt, werden alle Mittel eingesetzt, ihn zu brechen. So besetzten Arbeiterinnen und Arbeiter eine Blumenfabrik, die geschlossen werden sollte. Daraufhin wurde die Auslieferung der Blumen mit Gewalt verhindert, diese verwelkten und die Existenzgrundlage war zerstört. Die Organisation in Gewerkschaften wird mit Verfolgung, Verschwindenlassen oder Tod bestraft. Es gibt zwar Gewerkschaften, sogenannte gelbe, in denen sich nur wenige Arbeiter organisieren.

Die Referentinnen erläuterten die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedin-

gungen dieses Landes, in dem seit fast 20 Jahren bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Die staatliche Kriegsführung gegen Bevölkerung und Guerilla wird von den USA und europäischen Ländern, vor allem auch von der Bundesrepublik Deutschland, unterstützt und mitfinanziert. Und die katholische und evangelische Kirche, die durch Hilfsorganisationen und andere Gremien dort vertreten ist, agiert entsprechend der staatlichen Politik. Kolumbien ist nach der Türkei das Land mit den höchsten Waffenimporten. Das Resultat dieses Krieges sind 30.000 Tote jährlich, unter ihnen viele Gewerkschafter; 500 Fälle ungeklärten gewaltsamen Verschwindenlassens, 2 Mio. interne Vertriebene. In einem Jahr werden in Kolumbien mehr Menschen durch Militärs und paramilitärische Gruppen umgebracht, als z.B. in 17 Jahren Militärdiktatur in Chile.

Vor einigen Wochen haben der IWF und andere internationale Finanzorganisationen in Zusammenarbeit mit der US-Administration und der kolumbianischen Regierung einen sogenannten, mit 7,5 Mrd. Dollar budgetierten, „Plan Colombia“ ausgearbeitet. Unter dem Mäntelchen einer konzertierten Aktion gegen den Drogenhandel wird hier die Aufstandsbekämpfung ausgeweitet und intensiviert. Längst operieren US-amerikanische Militärberater in Kolumbien.

Seit Anfang Juli ist entschieden, dass sich auch die Europäische Union, Japan und Kanada finanziell und politisch am „Plan Colombia“ beteiligen. Nach Ansicht von Aktivistinnen der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ wird es den westdeutschen Menschenrechtskriegern an Vorwänden wie der „Verhinderung humanitärer oder ökologischer Katastrophen“ nicht mangeln. Diese hätte im Krieg gegen Jugoslawien entsprechende Erfahrungen sammeln können.

Am Abend des 20. Juli versuchten MitstreiterInnen der Karawane vor dem EXPO-Eingang Nord die EXPO-BesucherInnen über die Lage in Kolumbien und die Hintergründe des „Plan Colombia“ zu informieren. Dieser Plan ist ihrer Einschätzung nach kein „Friedensplan“, sondern ein Kriegsplan. Worum es gehe, seien die ökonomischen und geostategischen Interessen der reichen Industriationen: es gehe um die Kontrolle über die reichen Bodenschätze – Erdöl, Gas, Gold, Silber, Smaragde – und die natürlichen Ressourcen Kolumbiens sowie um die Vernichtung der Guerilla und das Niederhalten der sozialen Bewegungen. Eine Teilnehmerin an der Veranstaltung bewertete die Teilnahme der sozialen Bewegungen an den Gesprächen zwischen Rebellengruppen und Regierung als „zarten Hoffnungsschimmer“ für eine Liberalisierung in Kolumbien.

Den Mitgliedern der Karawane wurde untersagt, einen Infotisch aufzustellen, sie durften sich aber in Eingangsnähe aufzuhalten und Flugblätter verteilen.

Mechthild D./bee

Friedensgespräche unbefriedigend beendet

Neue Bemühungen um eine Beilegung des Bürgerkrieges in Kolumbien sind in der vergangenen Woche ohne konkrete Ergebnisse beendet worden. Unterhändler der zweitgrößten Rebellengruppe „Nationales Befreiungsheer“ (ELN) konnten ihre Forderungen nach einer entmilitarisierten Zone im Norden des Landes in Gesprächen mit Vertretern von Regierung und Bürgerorganisationen nicht durchsetzen. Immerhin wurde vereinbart, die Verhandlungen in Spanien oder auf Kuba fortzusetzen. Schon darüber gab es keine Einigung. Wie es wirklich um die Verhandlungen steht, machten die Ereignisse in Kolumbien deutlich. Schwere Angriffe von Paramilitärs gegen das Hauptquartier der ELN im Norden Kolumbiens hatten schon zu einem vorläufigen Abbruch der Verhandlungen geführt. Rechtsgerichtete Todesschwarzen wurden dabei von Militärs unterstützt hieß es in einer Erklärung der ELN Verhandlungsdelegation.

Der Krieg in Kolumbien, der schon über 100.000 Menschen das Leben kostete, geht unvermindert weiter. Die FARC, die mit Abstand größte und älteste Guerillagruppe des südamerikanischen Landes, befindet sich seit Tagen in einer Offensive, wobei sie mehrere Gemeinden besetzte, Waffen erbeutete und eine unbekannte Zahl von Soldaten festnahm. Die Organisation, die bereits weite Teile des Landes unter Kontrolle hat, reagiert damit offenbar auf die Umsetzung des „Plan Colombia“, der mehrere Milliarden US-Dollar Militärhilfe an die Regierung beinhaltet. Vehement kritisieren die FARC-Rebeln, dass die USA und bald eventuell auch einige europäische Länder mit der Finanzierung des „Plan Colombia“ das Blutvergießen in Kolumbien verschlimmern würden: Da das militärische Gleichgewicht kippen könnte, wären Armee und Regierung veranlasst, den Verhandlungsweg zu verlassen; außerdem werde der militärische Einfluss der USA in dem strategisch wie wirtschaftlich wichtigen Land noch steigen.

hav



Anlässlich der Gründung der Volksbefreiungsarmee (VBA) vor 73 Jahren in China gab es in vielen Städten Veranstaltungen und Theateraufführungen. Aber die Feierlichkeiten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die heutige VBA und die Regierungspolitik sich doch weit von den ursprünglichen Grundsätzen entfernt hat. Das führt nun vermehrt zu Protesten unter der Bevölkerung. Nach den letzten Meldungen ist es in Dürregebieten im Nordosten Chinas zu schweren Unruhen gekommen. In der Provinz Shandong hätte sich Tausende Dorfbewohner mit der Polizei mehrere Schlachten geliefert. Die Provinzregierung hätte die Bauern daran gehindert, ihre ausgedörrten Felder zu bewässern. Wegen der seit Juni anhaltenden Dürre hatten die Behörden die Trinkwasserversorgung eingeschränkt und den Wasserpriis erhöht.

Jugoslawien: Opposition beteiligt sich an Wahlen am 24. September

Fast alle serbischen Oppositionsparteien haben bei einem Treffen beschlossen, an den Kommunal-, Bundesparlaments- und Präsidentenwahlen am 24.9. teilzunehmen. An der Sitzung in Belgrad nahm einzig die „Serbische Erneuerungsbewegung“ unter Vuk Draskovic nicht teil. Nach früheren Aussagen von Draskovic sind die Mindestbedingungen für freie und faire Wahlen nicht erfüllt. Ein Mitglied der Draskovic-Bewegung erklärte aber, man werde auch nicht ausdrücklich zu einem Boykott aufrufen. Zu der Wahllallianz gehören die Demokratische Partei unter Zoran Djindjic und die Demokratische Partei Serbiens (DSS) unter Vojislav Kostunica sowie elf kleinere Parteien und Bewegungen, unter ihnen die studentisch geprägte Widerstandsbewegung „Otpor“ und Vertreter von Kosovo-Serben. Einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten wollen die Oppositionsparteien am Wochenende nominieren. Vorher soll noch ein Gespräch mit der montenegrinischen „Demokratischen Partei der Sozialisten“ unter Präsident Milo Djukanovic stattfinden. Dessen Partei will zwar die Wahlen zum Bundesparlament boykottieren, hat aber angedeutet, dass sie eventuell einen Gegenkandidaten zum erneut kandidierenden Präsidenten Slobodan Milosevic unterstützen will. Grund für den Boykott Montenegros sei, dass das jugoslawische Bundesparlament Anfang des Monats eine Verfassungsänderung zu Ungunsten des kleineren Bundesstaates beschlossen hätte. – Auf diese Haltung ist Djukanovic sicher nicht allein gekommen. Die Regierungen der gegen

die BR Jugoslawien kriegsführenden Staaten haben einhellig die Verfassungsänderungen als undemokatisch verurteilt. Was hat das Parlament der BR Jugoslawien denn nun Schreckliches beschlossen? Reduziert man die Kritik an den Verfassungsänderungen auf ihren rationalen Kern, so beschränkt sie sich v.a. auf die damit geschaffene Möglichkeit einer eventuellen Wiederwahl von Milosevic nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit im Juli 2001. Davon abgesehen, dass auch das eine innere Angelegenheit Jugoslawiens ist, handelt es sich dabei aber zunächst nur um eine theoretische Möglichkeit. Die Entscheidung darüber müssen zukünftig nämlich die Wähler Serbiens und Montenegros direkt treffen. Beibehalten wurde der Grundsatz, dass

der Präsident und der Ministerpräsident der Föderation nicht aus derselben Teilrepublik kommen dürfen. Selbst einer der Hoffnungsträger des Westens, der Vorsitzende der Demokratischen Partei Serbiens Zoran Djindjic, erklärte vor einigen Tagen, dass diese Änderung einem gemeinsamen Kandidaten der Opposition reale Siegeschancen einräume. Es ergibt sich also die berechtigte Frage, was an der Verfassungsänderung undemokatisch oder gar nicht hinnehmbar ist.

Weiteren Punkten der Verfassungsänderungen zufolge sollen die Abgeordneten der zweiten, der Republikskammer des Bundesparlaments, zukünftig nicht mehr von den Parlamenten der Teilrepubliken, sondern ebenfalls direkt gewählt werden. Damit wird die Gleichberechtigung der Republiken, wie häufig kritisiert wird, keineswegs beeinträchtigt. Wie bisher werden sowohl in Serbien als auch in dem viel kleineren Montenegro jeweils 20 Abgeordnete gewählt. Den Republiksparlamenten wird allerdings die Möglichkeit genommen, diese Wahl im Interesse der Regierungsmehrheit zu manipulieren. So hatte die neue prowestliche Führung in Montenegro nach ihrem Wahlsieg vor drei Jahren beschlossen, nur ihre Abgeordneten und keinen Vertreter der Opposition in die Republikskammer zu entsenden. Da dies vom Bundesverfassungsgericht anschließend verworfen worden war, boykottieren die Vertreter der Regierungskoalition in der montenegrinischen Hauptstadt seitdem die Arbeit dieser Kammer.

Zukünftig werden auch die Mitglieder der Bundesregierung Jugoslawiens und nicht nur der Ministerpräsident vom Bundesparlament gewählt und können auch nur von diesem abberufen werden. Damit wird die Rolle des Parlaments we-

sentlich gestärkt, denn bisher konnte der Ministerpräsident nach eigenem Ermessen ohne Zustimmung des Parlaments Minister ernennen und ablösen. Begründet wurde dieser Schritt ausdrücklich mit einer gewünschten Anpassung an die demokratischen Normen anderer Staaten. Die neuen Verfassungsbestimmungen verändern in keiner Weise die Vollmachten und Kompetenzen der jeweiligen Verfassungsorgane. Der Bundespräsident wird zwar zukünftig direkt gewählt, kann aber vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit abgewählt werden, wenn das Verfassungsgericht feststellt, dass er die Verfassung verletzt hat.

Weltkongress der „Internationalen Romani Union“ tagt in Prag

Seit Dienstag tagt in der tschechischen Hauptstadt Prag die Internationale Romani Union (IRU) zum ersten Mal seit zehn Jahren. Es ist der fünfte Weltkongress dieser Vereinigung, die 1971 als weltweite Vertretung der Roma gegründet wurde. An dem bis zum 27.7. dauernden Kongress nehmen 250 Delegierte aus über dreißig Ländern teil. Einer der Hauptpunkte bei dem Zusammentreffen in der tschechischen Hauptstadt ist die Entschädigung für Roma-Zwangsarbeiter und Opfer der Nazizeit. Unter dem deutschen Faschismus kamen rund eine halbe Million Menschen dieser Bevölkerungsgruppe ums Leben.

Ein anderes wichtiges Thema in Prag ist die Migration von Roma in Europa. In der Tschechischen Republik, dem diesjährigen Gastland des Kongresses, lebt eine Minderheit von 250.000 Roma unter zehn Millionen Einwohnern. Für Schlagzeilen sorgte im November letzten Jahres der Bau einer sogenannten Anti-Roma-Mauer in Usti nad Labem, die die dort lebenden Roma von der übrigen Bevölkerung trennen sollte. Erst nach massiven Protesten im In- und Ausland gegen diese Diskriminierung von Roma wurde die Mauer wieder abgerissen. Auf dem Weltkongress in Prag wird außerdem über die Lage der Roma im Kosovo, die Standardisierung der Roma-Sprache Romanes, die schulische Ausbildung und die Stellung der Roma in der Arbeitswelt gesprochen. Ein weiterer Punkt ist der angestrebte EU-Beitritt von mittel- und ost-europäischen Staaten mit hohem Bevölkerungsanteil an Sinti und Roma. Die Internationale Romani Union wurde auf dem ersten Weltkongress der Roma am 8. April 1971 in London ins Leben gerufen. Ziel der Organisation ist unter anderem der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung der Roma. Die IRU soll weltweit Roma in internationalen Körperschaften repräsentieren und die nationalen, die Menschen- und Bürgerrechte der Roma verteidigen. Größter Erfolg der Organisation bisher ist die Anerkennung durch die Vereinten Nationen. (Quelle: Junge Welt) Zusammenstellung: hav

DRESDEN. Als letzter sächsischer Ort sollte das 240 Einwohner zählende Heuersdorf dem Kohleabbau weichen. Der Landtag hatte die Gemeinde bereits in die Stadt Regis-Breitingen eingemeindet. Das muss er nun rückgängig machen. Unter Heuersdorf lagern mehr als 40 Millionen Tonnen Braunkohle. Die Verfassungsrichter in Leipzig erklärten das Gesetz von 1998, das die Abbaggerung von Heuersdorf ermöglichen sollte, in mehreren Punkten für unvereinbar mit der Landesverfassung und damit für nichtig. Zudem hielten die Richter die Energiebedarfsprognose, die dem Gesetz zu Grunde liegt, nach der Liberalisierung der Strommärkte für ungenügend. Die Einwohner des Ortes fordern nun, dass die Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft (Mi-brag) auf die Kohle direkt unterhalb des Ortes und damit insgesamt auf ein Zehntel der im Gebiet lagernden Kohle verzichtet. sz



Stadt Forst duldet nach langem Streit das Antirassismus-Camp

FORST (SPREE-NEISSE). Nach Angaben der Veranstalter hat Bürgermeister Reinfeld (CDU) dem Camp doch nach langem Streit eine Duldung zugesagt, zunächst bis zum 31.7. Sollte es zu keinen Zwischenfällen kommen, könne diese um jeweils 24 Stunden verlängert werden. Am 28. Juli schlugen die Teilnehmer am Stadtrand im deutsch-polnischen Grenzgebiet ihre Zelte auf. Zum Auftakt des Grenzamps führten am nächsten Tag rund 400 Menschen einen Stadtspaziergang gegen die deutsche Asylpolitik und die Diskriminierung von Flüchtlingen durch. Mitorganisatorin Susanne Lang zog eine positive Zwischenbilanz. Die Bevölkerung stünde dem Camp aufgeschlossen gegenüber, die gratis verteilte Campzeitung werde mit Interesse genommen. Die befürchteten Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Campteilnehmern sind bislang ausgeblieben. Eine für Samstag geplante Demonstration von Rechtsextremisten war von der Polizei verboten worden. Das 3. antirassistische Grenzcamp der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ wird bis zum 6. August zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen durchführen. ddp, taz

Ehrung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern der Wehrmacht

BERLIN. Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär hat am 20. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock mit einer Kranzniederlegung die Deserteure der Wehrmacht, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer geehrt. Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und selbst Wehrmachtdeserteur, hielt die Ansprache. Die Kranzniederlegung fand ebenso wie die Ehrung der „Männer des 20. Juli“ durch die Bundesregierung unter starkem Polizeischutz und in Anwesenheit eines Aufgebots von zahlreichen

Feldjägern der Bundeswehr statt. Im Vorfeld des Rekrutengelöbnisses, das am gleichen Tag in der Nähe des Bendlerblocks durchgeführt wurde, wurde der Öffentlichkeit nur unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen Zutritt zur Kranzniederlegung gewährt. Flugblätter und Informationsmaterialien der Kampagne wurden von Feldjägern sichergestellt und durften nicht mit in den Bereich vor der Gedenkstätte genommen werden. Einen Tag nach der Niederlegung war der Kranz bereits nicht mehr da. Das heimliche Entfernen zeigt, auf welchen Widerstand die Ehrung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern der Wehrmacht noch heute stößt. So nannte ein Major der Feldjäger den Wehrmachtdeserteur Ludwig Baumann einen „Straftäter“. www.Kampagne.de

Landesjugendring protestiert gegen Film über jugendlichen Extremismus

ERFURT. In einem Offenen Brief fordert der Landesjugendring Thüringen am 13. Juli die Landesregierung auf, die Verbreitung des Films „Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands – Szenen aus Thüringen“ von Reik Seela zu verhindern und eine Neuproduktion mit einer seriösen und sachgerechten Darstellung in Auftrag zu geben. In dem Brief heißt es u.a.: „Der Film unterschlägt die Darstellung der Menschenrechte als Grundlage der Demokratie und lässt die antihumanen Haltungen neofaschistischer Gruppen unbewertet und damit als beliebige Form jugendlicher Subkultur erscheinen. Als besonders bedenklich erscheint die Einschätzung des suspendierten Leiters des Thüringer Verfassungsschutzes Roewer, dass rechtsextreme Straftaten v.a. Propagandastraftaten sind (Zeigen von Symbolen, die in Deutschland verboten sind). Gleichzeitig kommentiert er, dass das Zeigen solcher Symbole in anderen Ländern nicht verboten ist ... Von einem in Schulen einzusetzenden Film muss erwartet werden, dass nicht verkürzt von Extremismus als

Randerscheinung der Gesellschaft ausgängen werden darf, sondern die dahinterstehenden Phänomene wie Ausländerfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft, Neofaschismus differenziert beleuchtet und damit zu einer konkreten Auseinandersetzung verhilft.“ www.nadir.org

Ärzte starten eine Kampagne gegen das US-Raketenabwehrsystem

BERLIN. Die weltweite Ärzteföderation IPPNW beschloss auf ihrem 14. Weltkongress in Paris, sich verstärkt gegen die neue Bedrohung einer atomaren Aufrüstung durch das US-Raketenabwehrsystem einzusetzen. IPPNW startet eine globale Kampagne, um die US-Regierung umzustimmen. Politische und militärische Entscheidungsträger in allen europäischen NATO-Ländern, den Atomwaffenstaaten und in den USA sollen durch persönliche Gespräche davon überzeugt werden, dass ein solches System nicht zur Weltsicherheit beiträgt. IPPNW will besonders auf die Kosten hinweisen, die für Gesundheits- und Sozialprogramme in den USA dringend nötig wären. Die Raketenabwehr wird ca. 60 Milliarden US-Dollar verschlingen.

www.ippnw.de

Okinawa: Nur Rhetorik für die Armen

SIEGBURG. Ein Jahr nach den Beschlüssen des Kölner Weltwirtschaftsgipfels zum Schuldenerlass räumten die Staatschefs der G7-Staaten beim Gipfel auf Okinawa indirekt das Scheitern der Kölner Schuldeninitiative ein. Bislang wurde erst ein Land (Uganda) entschuldet, weitere 8 haben Zusagen erhalten. Doch für den Rest der 40 betroffenen Staaten steht der Entschuldungstermin noch in den Sternen. Damit bestätigt sich, was die Kampagne „Erlaßjahr 2000“ bereits in Köln befürchtete: Die an sich schon unzureichenden Kölner Beschlüsse werden nur



halbherzig umgesetzt. Außerdem wurde auf Okinawa kein Ausbau der bisherigen Beschlüsse angeregt: Auch nach der Ankündigung eines vollständigen bilateralen Erlasses der Schulden durch die Gläubigerländer werden viele Staaten untragbar hoch verschuldet sein, da die multilateralen Finanzinstitutionen – insbesondere der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – blockieren.

webserver.comlink.org/erlassjahr2000

Internationale Friedensfahrradtour „Ein Europa ohne Armeen“

LINDAU. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (LV Bayern und Baden-Württemberg), der Internationale Versöhnungsbund (Österreich), die Gruppe Schweiz ohne Armee und die Union pacifiste de France führen derzeit eine internationale Friedensfahrradtour durch. Sie startete am 28. Juli in Bregenz (Österreich) und führt am Bodensee und Rhein entlang durch Deutschland, die Schweiz und Frankreich. Sie endet am 6. August (55. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima) in der Europastadt Strasbourg. Dort sind weitere Aktionen geplant. Folgende Forderungen sollen an Abgeordnete des Europaparlaments übergeben werden: Verkleinerung und dann Abschaffung der Armeen in Europa • Streitfragen auf politischem Weg lösen • Verstärkung der finanziellen Unterstützung von Friedens- und Konfliktforschung • Einführung des freiwilligen Zivilen Friedensdienstes • Kriegsdienstverweigerung und Desertion müssen als Menschenrecht und Asylgrund anerkannt werden • für eine gerechte Weltwirtschaft. www.dfg-vk.de

„Schützen wir die Flüchtlinge vor Abschiebung in die Türkei“

STUTTGART. Ein Jahr lang haben Tübinger, Reutlinger und Stuttgarter kirchliche Gemeinden und „kein mensch ist illegal“-Gruppen unter dem Aufruf „Schützen wir Flüchtlinge vor Abschiebungen in die Türkei“ über 3000 Unterschriften gesammelt. Am 17. Juli wurden sie unter Begleitung von Felicia Langer, Menschenrechtsanwältin und alternative Novelpreisträgerin, dem Innenministerium übergeben. Auch eine innerkirchliche Erklärung zum „Schutz kurdischer Flüchtlinge vor Abschiebung in die Türkei“, die 54 katholische und evangelische Kirchengemeinden aus Württemberg unterzeichnet haben, wurde dem Gesandten des Innenministeriums unter markigen Worten eines Diakons überreicht. Nach Monaten des vielerorts stillen kirchlichen Protests und praktizierter Kirchenasyle (an die vier in Württemberg) stellt die Aktion den ersten gemeinsamen Gehversuch der widerständigen Gemeinden in die Öffentlichkeit dar. Daran kann angeknüpft werden!

kein mensch ist illegal, Stuttgart

Familie aus Duisburger Kirchenasyl abgeschoben

Am 19. Juli wurde die Duisburger Familie Zumberov nach Mazedonien abgeschoben. Mit kurzer Unterbrechung lebte die vierköpfige Familie seit 1988 in Duisburg, Ajnur (12) war neun Monate alt, als er nach Deutschland kam, Samanta (9) ist in Duisburg geboren. Beide Kinder sprechen kein Wort serbokroatisch. In Mazedonien droht der Roma-Familie nicht nur soziale Verelendung, sondern auch Gefahr für Leib und Leben.

Amnesty International, selbst das Auswärtige Amt berichten Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen, denen Roma in Mazedonien ausgesetzt sind.

Bruch des Kirchenasyls

Am 11. Juli entführte der Duisburger Stadtdirektor und Rechtsdezernent Brandt mit einem großen Polizeiaufgebot die Familie aus dem Kirchenasyl, der Familienvater wurde umgehend in den Abschiebeknast Büren gebracht, ein Pfarrer wurde verhaftet. Die Mutter und die Kinder mussten sich in ein Duisburger Übergangsheim begeben. Die Stadtverwaltung teilte ihnen mit, dass sie bis zum 27. Juli gemeinsam mit dem Vater abgeschoben werden. Die massiven Proteste der Duisburger Kirche wischte Brandt arrogant beiseite. Es hätte sich nicht um Kirchenasyl gehandelt. Begründung: Die Zumberovs waren in den privaten Räumen eines Pfarrers untergebracht.

Brandt verschweigt geflissentlich, dass ein Clearing-Abkommen zwischen Kirche und Landesregierung besteht, in dem die private Wohnung eines Pfarrers als Bestandteil des Kirchenasyls definiert wird. Natürlich verschweigt er ebenso, dass im Durchsuchungsbefehl explizit auch Gottesdiensträume genannt wurden. Nach mehreren Beratungen entschloss sich der PDS-Kreisvorstand, zu versuchen, den Abschiebeflug zu verhindern.

Deportation

Am 18. Juli erfuhr die PDS, dass am nächsten Tag die Abschiebung stattfinden soll. Die Sprecher des KVs suchten die Mutter auf, klärten sie über die geplante Aktion auf und vergewisserten sich ihres Einverständnisses. Die Aktion im Flugzeug sollte Kreissprecher Dimitri Tsalos durchführen. Als er die Kabine des Fliegers betrat, waren die Zumberovs bereits an Bord. Unmittelbar neben dem Flugzeug befanden sich mehrere BGS-Beamte in Bereitschaft.

Nachdem der Rüssel abgedockt wurde (erst dann hat der Flugkapitän das

„Hausrecht“) begann Dimitri Tsalos mittels Flugblättern und Gesprächen die Passagiere über die Situation aufzuklären und forderte sie auf, das Anschallen zu verweigern. Dadurch sollte erreicht werden, dass der Pilot die Familie Zumberov aussteigen lässt, damit er gemäß Vorschrift – mit angeschnallten Passagieren – starten kann.

Mindestens zehn Passagiere folgten der Aufforderung und verweigerten das Anschallen. In der Folge kam es zu kontroversen Auseinandersetzungen mit den Flugbegleiterinnen. Der Pilot war über die Geschehnisse informiert, verweigerte aber jedes Gespräch. Als er schließlich den Flieger Richtung Startbahn bewegte, blieben mindestens sechs Personen nicht angeschnallt. Dimitri Tsalos wies die Flugbegleiterinnen mit großem Nachdruck darauf hin, dass die Crew dabei sei, gegen zentrale Vorschriften zu verstößen. Die Flugbegleiterinnen zeigten sich unbeeindruckt, schließlich kam es trotz nicht angeschnallter Passagiere zum Start.

In Skopje begleitete Dimitri Tsalos die Zumberovs weiter. Vater und Mutter waren apathisch, die Kinder verstört. Den Kindern ging es sehr schlecht – nicht Mazedonien, sondern die Bundesrepublik ist ihr Herkunftsland.

Das „Herkunftsland“ Mazedonien gewährt der Familie nicht einmal die Staatsbürgerschaft.

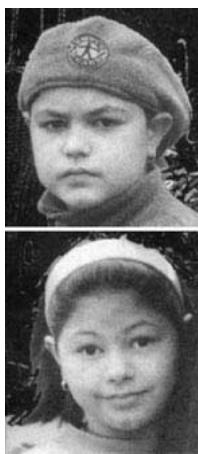
Perspektiven

Die Familie befindet sich in einer Lage ohne Hoffnung. Sie wohnt bei Verwandten außerhalb Skopjes, unter sehr ärmlichen Bedingungen. Der Unterstützerkreis in Duisburg (GEW, Kirche, PDS u.a.) ist mit den Zumberovs in Kontakt. Torpediert werden die Bemühungen des Unterstützerkreises dadurch, dass Oberbürgermeisterin Zieling versucht, das Engagement zu kriminalisieren. Konkret geht es um eine in der zweiten Juli-Woche bundesweit durchgeführte Email-Aktion. Ziel war es, per Emails („Abschiebung verhindern“) den Rechner von Rechtsdezernent Brandt lahmzulegen. Die Aktion war erfolgreich.

Erst nach der Abschiebung wendete sich OB Zieling in dieser Frage schriftlich an die PDS-OL-Ratsfraktion. Weil der Aufruf zu der Email-Aktion vom Fraktionsrechner ausginge, und weil Stadtrat Dimitri Tsalos den Aufruf mitunterzeichnet hatte, habe die PDS-OL-Fraktion ihre Pflichten verletzt, so die Oberbürgermeisterin. Zieling hat die Duisburger Staatsanwaltschaft eingeschaltet, droht mit dem Verwaltungsgericht und beschuldigt Dimitri Tsalos des „Verstoßes gegen die Treuepflicht“.

Duisburg ist ein Präzedenzfall: Es handelt sich um den ersten Bruch von Kirchenasyl in NRW seit vielen Jahren.

dits, Lokalberichte Köln, 16/2000



Die Stadtteilinitiative Isar 12 bringt Münchner Unternehmen auf Trab

Am 6. Juli wurde im Bundestag das Gesetz zur Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ verabschiedet. Dieses Gesetz ist grundsätzlich kritikwürdig, vor allem, weil durch diese Regelung viele ehemalige ZwangsarbeiterInnen von den Zahlungen ausgeschlossen werden und gleichzeitig für alle Unternehmen – ganz gleich, was sie in der NS-Zeit verbrochen haben – Rechtsicherheit gegen jeden weiteren Anspruch gewährt werden soll.

Aber unabhängig davon, dass ein solcher „Schlussstrich“ keinesfalls akzeptabel ist, ist es nun notwendig, dafür zu sorgen, dass wenigstens die von der deutschen Wirtschaft zugesagte Summe von 5 Mrd. DM in den Stiftungsfonds eingezahlt wird (auch wenn bekanntermaßen die Hälfte davon durch die Finanzämter zurückerstattet wird). Sehr viele Betriebe verhalten sich immer noch abwartend und hoffen, dass die Summe auch ohne ihre Beteiligung zusammenkommt. Und einige bestreiten nach wie vor, überhaupt etwas mit der Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen zu tun gehabt zu haben oder behaupten, sie seien vom Staat dazu gezwungen worden. Diese Haltung gilt es im Interesse eines zügigen Beginns der Zahlungen zu durchbrechen. Bisher sind erst Zusagen über 3 Mrd. DM eingegangen (was natürlich auch daran liegt, dass viele Firmen zwar bereit sind, einen symbolischen Betrag in den Fonds zu zahlen, dieser aber in Relation zu Umsatz bzw. Gewinn lächerlich klein ist).

Stadtteilinitiative Isar 12

In München gab es über 400 Lager, in denen ZwangsarbeiterInnen interniert waren. Im September 1944 zählte das „Gauarbeitsamt München“ 121.000 „ausländische Zivilarbeiter“. 12.800 Firmen wurden allein in München angeschrieben, bereits im April hat der Stadtrat einen dringenden Appell an die Unternehmen gerichtet, sich an der Stiftung zu beteiligen. Bis zum 29.06.2000 sind allerdings erst 157 Münchner Betriebe, also 1,23%, dem Stiftungsfonds beigetreten.

Diese Unverfrorenheit der Firmen, die hoffen, um eine Zahlung herumzukommen, hat einige Menschen in München so verärgert, dass sie beschlossen haben, den Drückebürgern etwas Dampf zu machen. Deshalb gründeten sie die „Stadtteilinitiative Isar 12“ und recherchierten zu-

nächst einmal, welche Firma in ihrer Nachbarschaft Zwangsarbeiter beschäftigt hatte und bisher nichts bezahlt hatte. Dabei fiel ihnen der Brillenkönig Rodenstock ins Auge.

Aktion rund um die Firma Rodenstock

Auf einem Flugblatt, das im Viertel um den Betrieb verteilt und geklebt und natürlich auch direkt an Rodenstock geschickt wurde, war zu lesen: „(...) Die deutschen Unternehmen, die sich skrupellos an der Arbeit dieser Menschen bereichert haben, können sich jetzt für den vergleichsweise lächerlichen Anteil von 5 Milliarden DM am 10-Milliarden-Fonds von ihrer moralischen und finanziellen Verantwortung freikaufen. Trotzdem ist die Mehrzahl dieser Unternehmen dem viel zu spät eingerichteten Entschädigungs-Fonds bis heute nicht beigetreten. Allem Anschein nach setzen sie auf Zeit – und den Opfern läuft die Zeit davon. Die Opfer müssen sofort entschädigt und der völlig unzureichende Fonds so erhöht werden, dass wirklich alle Opfer eine gerechte Entschädigung erhalten. (...) Wir fordern die Firma Rodenstock auf: Beteiligen Sie sich unverzüglich mit einer angemessenen Summe am Entschädigungsfonds! Machen Sie die Höhe Ihres Beitrags öffentlich! Öffnen auch Sie allen interessierten BürgerInnen Ihr Firmenarchiv!“ Die Firma Rodenstock erklärte umgehend, sie habe bereits ihren Beitrag zugesagt (die Zusage muss entweder am gleichen Tag wie die Flugblattverteilung rund um das Firmengelände oder am Tag danach erfolgt sein).

„Zwangsarbeit macht Loden Frey“

Als nächstes stand „Loden Frey“ auf der Liste. Unter der Überschrift „Zwangsarbeit macht Loden Frey“ wurde berichtet,

dass der Betrieb während der NS-Herrschaft keine Skrupel hatte, sich an den Dachauer KZ-Häftlingen zu bereichern. Auch hier wurde dies mit der Aufforderung verbunden, in den Fonds einzuzahlen und die Firmenarchive zu öffnen. Zunächst behauptete die Firma, mit dem „Loden Frey“ der 30er und 40er Jahre nichts zu tun zu haben, da sich der Betrieb nach 1945 in eine Produktions- und eine Vertriebsgesellschaft aufgespalten hatte. Die logische Schlussfolgerung von „Isar 12“: Dann sollen eben beide zahlen. Nach einigem hin und her ist inzwischen eine Zusage von Loden Frey bei der Stiftungsinitiative eingegangen.

Das Beispiel Opel Häusler

Ein gutes Beispiel dafür, mit welchen Mitteln sich manche Firmen um die Zahlung herumdrücken wollen, ist Opel Häusler. Bevor die Vorwürfe, die die Stadtteilinitiative rund um eine Filiale plakatiert hatte, überhaupt geprüft worden waren, sandte der Anwalt der Firma bereits eine Unterlassungserklärung an „Isar 12“. Sollte diese nicht binnen zwei Tagen unterzeichnet sein, wurde eine Strafe in Höhe von 50.000 DM angedroht – und natürlich sollte „Isar 12“ auch noch die Anwaltskosten für dieses Schreiben von über 1.000 DM übernehmen. Auch Opel Häusler hatte nach 1945 die Betriebsform geändert und eine Vertriebsgesellschaft gegründet, deshalb behaupteten sie erst einmal, nichts mit dem Betrieb, der ZwangsarbeiterInnen ausbeutet hatte, zu tun zu haben. Dabei gab es nachweislich für Opel Häusler sogar ein eigenes ZwangsarbeiterInnenlager. „Isar 12“ ließ sich von solchen Drohgebärdern jedoch nicht beirren und plakatierte fleißig weiter. Inzwischen ist die Firma wohl etwas besser über die eigene

Vergangenheit informiert – von einer Unterlassungserklärung nicht mehr die Rede. Auch Opel Häusler wird wohl bald in den Stiftungsfonds einzahlen.

VVN kritisiert Löwenbrau

Besonders drastisch trat der Vorstandsvorsitzende der Löwenbräu und Franziskaner/ Spaten AG an die Öffentlichkeit. In einem Interview mit der „taz“ am 7. Juni sagte er u.a.: „Wer berechtigte Ansprüche hat, hätte sich ja melden können.“ In einem offenen Brief zeigte sich das VVN-Landesvorstandsmitglied Martin Löwenberg, der selbst



Zwangsarbeiter auf dem Weg zur Arbeit ins Münchner Reichsbahnausbesserungswerk

als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurde, schockiert über eine solche Verhöhnung der Opfer. Dies sorgte in der Folge unter der Überschrift „Löwenberg contra Löwenbräu“ für ein gehöriges Presseecho in München. Am 5. Juni veranstaltete das „Münchner Bündnis gegen Rassismus“ eine Diskussion mit Martin Löwenberg und dem Anwalt Michael Witti direkt in der „Höhle des Löwenbräu“, wo über Zwangsarbeit in München diskutiert und vor allem der Frage nachgegangen wurde, wie man nach der Verabschiedung des Stiftungsgesetzes weiter machen könne. Der Münchner Stadtrat diskutierte zum wiederholten Male darüber, wie Firmen zum Beitritt zum Stiftungsfonds bewegt werden könnten. Es war sogar die Rede davon, Firmen, die sich derart gebärden, die Konzessionen für das Oktoberfest zu entziehen – endlich einmal der Vorschlag einer wirkungsvollen Sanktion gegen Zahlungsunwillige! So weit kam es dann zwar nicht, aber die potentielle Bedrohung reichte aus: Inzwischen liegt auch die Erklärung der Löwenbräu AG vor, dass sie – in Abstimmung mit den übrigen Münchner Brauereien – dem Stiftungsfonds beitreten werden.

Das Beispiel macht Schule

Selbst kleine Erfolge sind ansteckend. Daher haben sich inzwischen in München auch einige andere Gruppen der Thematik angenommen und einzelne Unternehmen aufs Korn genommen. Die Freidenker verteilten Flugblätter vor den Bavaria Filmstudios und der Firma Meiller/Rathgeber, der SPD Kreisverband 2 besuchte am 8. Mai zwei Münchner Firmen und überreichte ein Schreiben mit der Aufforderung, dem Fonds beizutreten. Außerdem hat dieser Kreisverband an einer Schule, wo früher ein Lager stand, eine „provisorische Gedenktafel“ angebracht, was vom Direktor dieser Schule durchaus positiv aufgenommen wurde, die Geschichte dieses Ortes soll nun in den Unterricht einbezogen werden. Darüber hinaus wird der Münchner Stadtrat aufgefordert, eine dauerhafte Gedenktafel an der Schule anzubringen.

Zur Nachahmung empfohlen

Allein die Tatsache, daß alle Münchner Unternehmen, die ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet haben, jederzeit damit rechnen müssen, als nächste auf der Aktionsliste von „Isar 12“ zu stehen, dürfte die Zahlungswilligkeit nachhaltiger beeinflussen als jedes Rundschreiben von IHK oder Stadtrat. Auch die Tatsache, dass weitere Gruppen dem guten Beispiel folgen und einzelne Firmen ins Visier nehmen, trägt dazu bei.

Auf jeden Fall gilt, was am 6. Juni 2000 auf dem Stachus in München auf großen Schautafeln anlässlich der Verabschiedung des Stiftungsgesetzes zu lesen war: „Mit uns wird es keinen Schlußstrich geben!“

Corinna Poll
aus Münchner Lokalberichten 15/00

Soforthilfeprogramm KÖLN. Nachdem Mitte Juli klar wurde, dass der Bund den gesamten Betrag von 5 Mrd. DM in den zentralen Entschädigungsfonds einzahlen wird, hat der Rat der Stadt Köln die Möglichkeit, ein eigenes Soforthilfeprogramm aufzustellen. Die Stadtwerke wollen 2,34 Mio. DM für die Entschädigung der Zwangsarbeiter zur Verfügung stellen. Die Flughafengesellschaft hat bereits mitgeteilt, dass sie sich mit 351.000 DM beteiligen will. Die Presse vermutet, dass die Köln-Messe sich auch beteiligen wird. Bei der Ein-Promille-Formel wären das dann 394.000 DM. Damit könnten die städtischen Betriebe auf insgesamt 3,085 Mio. DM kommen.

Persönliche Auszahlung in Kiew MÜNCHEN. Von mehr als 100.000 Zwangsarbeitern, die während des Krieges in München bei der Stadt oder in privaten Betrieben beschäftigt waren, leben in der Partnerstadt Kiew und Umgebung noch 1.067 Personen. Jede von ihnen erhält aus dem Stadthaushalt eine einmalige Unterstützung von 1.200 Mark. Münchens Sozialreferent Frieder Graffe übergab am 21. Juli persönlich an 14 Männer und Frauen in Kiew Kuverts mit 1200 Mark in bar.

Bei der Verabschiedung des städtischen Hilfeprogramms in Höhe von 3 Millionen Mark Ende Januar 2000 wurde hervorgehoben, dass die Stadt sich aus ihrer Verantwortung als ehemalige Haupstadt der Bewegung zu dem Verbrechen der Zwangsarbeit bekennt und ein Zeichen der Entschuldigung setzt.

Ursprünglich war vorgesehen, die Länder und Kommunen am 10-Mrd-Fonds zu beteiligen. Mit der Steuerreform sind diese Pläne jedoch gestrichen. Die Stadt München hätte sonst rund 16 Millionen Mark zahlen müssen. OB Christian Ude (SPD) hat die Mitglieder des Deutschen Städtetags aufgefordert, dem Beispiel Münchens zu folgen.

Zeitungsanzeigen SUHL. Die Südniedersächsische Stadt Suhl drängt die regionalen Unternehmen mit Zeitungsanzeigen, in den Entschädigungsfonds einzuzahlen. Die erste Annonce erschien am 21. Juli in der Regionalzeitung „Freies Wort“. Darin werden die Firmen aufgefordert, für ihre Vergangenheit einzustehen. In Suhl sind während des Nationalsozialismus rund 10.000 Zwangsarbeiter in 35 Betrieben, vor allem in der Waffenproduktion, beschäftigt gewesen. Bislang haben nur vier Firmen aus dem gesamten Südniedersächsischen Raum in den Fonds eingezahlt.

Firmenbesuche MAIN-TAUNUS-KREIS. Mit Ausnahme der Republikaner (5 Sitze) stimmten alle Fraktionen im Kreistag auf Antrag der Bündnisgrünen für einen Appell an die Unternehmen im

Main-Taunus-Kreis, der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beizutreten. Landrat Berthold Gall (CDU) kündigte an, dass er es nicht bei einem öffentlichen Appell belassen will, sondern die Firmen im Kreis auch bei seinen regelmäßigen Besuchen auf das Thema Zwangsarbeit ansprechen will.

Auswertung der „Ausländerkartei“

LANGEN. Als einer der ersten Kommunen im Rhein-Main-Gebiet hat die Stadt Langen (Kreis Offenbach) über ein bislang verdrängtes Kapitel ihrer NS-Geschichte forschen lassen: die Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Dazu hat Langens Stadtarchivar Herbert Bauch die sogenannte Ausländerkartei ausgewertet, die die Kommune von den 20er Jahren bis zur Gründung der BRD führte. Demnach waren in Langen zwischen 1942 und 1945 rund 250 Zwangsarbeiter aus Frankreich, Polen und der Sowjetunion gemeldet. Viele von ihnen mussten in Lagern und Baracken ihr Leben fristen. Ausgebeutet wurden sie von Maschinenbauunternehmen (Nassovia, Voigt & Häfner), der Reißverschlussfabrik Schäfer, der Reichsbahn, dem Staatlichen Forstamt Langen und diversen Bäckern, Metzgern und Bauern. Was aus den Arbeitern geworden ist, weiß von Amts wegen keiner, denn die Kommunalkartei enthält darüber keine Informationen. Bürgermeister Pitthan (SPD) zieht aus diesen Ergebnissen aber auch die Schlussfolgerung, dass sich die Stadt nicht mit einem eigenen finanziellen Beitrag am Fonds beteiligt, weil sie ja als Institution und Körperschaft beim Unheil der NS-Zwangsarbeit nicht direkt beteiligt gewesen sei.

Noch in der Diskussion FRANKFURT-MAIN. Seit klar ist, dass die Kommunen und Länder nicht zum Stiftungsfonds beitragen müssen, stellt sich die Frage, wie die Stadt Frankfurt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1999 umsetzt, ehemalige Zwangsarbeiter finanziell zu unterstützen. Der Deutsche Städtetag teilte auf Anfrage der FAZ mit, gegenüber dem Bund seien die Kommunen nicht mehr in der Pflicht, „grundätzlich sei indes keine Kommune gehindert, etwas freiwillig zu geben.“ Die FAZ veröffentlichte auch Stellungnahmen aus den Fraktionen: CDU: (keine finanzielle Verpflichtung mehr), von Lutz Sikorski für die Grünen (die Stadt sollte unabhängig von der Freistellung der Länder zahlen) und von Franz Frey für die SPD (Stadt müsse angemessenen Beitrag leisten). Der Direktor des Instituts für Stadtgeschichte, Dieter Rebenitsch, lavierte wieder mit dem Begriff „Zwangsarbeit“ herum, schließlich sei es keine Sklavenarbeit.

Zusammenstellung: baf

Globaler Verhaltenskodex bei Freudenberg – ein Weg, um soziale Rechte weltweit durchsetzen zu helfen?

Der Eurobetriebsrat Freudenberg hatte vor zwei Jahren Verhandlungen über eine weltweit gültige Vereinbarung initiiert. Damit sollten Grundrechte der Beschäftigten weltweit abgesichert werden – vor allem auch in solchen Ländern, wo sie nicht (oder nur schwach) gesetzlich gesichert sind. Nun wurde durch die Internationale Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM), die IG BCE und die Konzernleitung eine Vereinbarung unterschrieben.

Und die hat auch rasch Kreise gezogen: Von Financial Times bis Handelsblatt berichtete die gesamte Wirtschaftspresse breit. „Freudenberg stärkt Gewerkschaften“ titelte das Handelsblatt. „Gewerkschaft lobt Freudenberg“ hieß es in Lokalblättern. „Fair und konstruktiv“ sei das Verhalten von Freudenberg schon immer, lobte öffentlich die IG BCE in einer Presseerklärung. Und Arbeitsminister Riester begrüßte und lobte die Vereinbarung als „wichtigen Schritt zu mehr sozialer Verantwortung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Freudenberg-Gruppe“.

Freudenberg selbst gab weltweit seinen Führungskräften den Text bekannt und zog darin den Schluss: „... Im übrigen entspricht die Vereinbarung unseren Geschäftsgrundsätzen ... Sie verpflichtet uns zunächst nur zu einer Konsultationssitzung pro Jahr ... Insofern ist die Vereinbarung für Sie über unsere Geschäftsgrundsätze hinaus nicht von praktischer Relevanz...“

Kein rechtlicher Anspruch...

In den Verhandlungen hatte Freudenberg darauf gedrängt (und vom Vorsitzenden der IG BCE war an diesem Punkt natürlich kaum Widerspruch zu erwarten), dass die Vereinbarung auf „das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, die Kundenorientierung und die Flexibilität der Arbeitsorganisation“ verpflichtete. Eurobetriebsrat, ICEM und IG BCE wollten vor allem eine Verpflichtung auf Arbeits-Grundrechte, wie sie in Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgeschrieben sind. Insbesondere das in vielen Ländern immer weniger durchgesetzte Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie – als Grundlage für alles andere – das Erzwingen vollständiger Freiheit gewerkschaftlicher Organisierung und Betätigung waren Hauptziel der Vereinbarung.

Viele konkrete Punkte, die der Eurobetriebsrat zuvor angezielt und schon fast erreicht hatte, sind nun nicht mehr (oder geschwächt) enthalten. Trotzdem

bleibt die Vereinbarung insbesondere in der Betonung von Gewerkschaftsrechten klar.

... aber ein klares politisches Instrument

Insofern stellt die Vereinbarung eine Grundlage dar, die es erleichtert, künftig gegen die Verletzung der Rechte der Beschäftigten bei Freudenberg irgendwo auf der Welt vorzugehen. Dass solche vorkommen, zeigt der Brief der Geschäftsleitung einer Freudenberg-Niederlassung in den USA (siehe Kasten), die im Sinne des in den USA absolut üblichen „union busting“ (Gewerkschafts-Zerstörung) die Belegschaft mit allen Mitteln von der gerade zur Zeit anstehenden gewerkschaftlichen Organisierung abzubringen versuchte. (Die Konzernleitung hatte sich von diesem Brief bereits distanziert.)

Nur mit Netzwerk wertvoll!

Bei Freudenberg sind ca. 30.000 Menschen beschäftigt, in rund 280 Firmen in mehr als 40 verschiedenen Ländern.

Die Tatsache, dass die Arbeitnehmervertretungen in Europa (wo sie den Eurobetriebsrat als Koordinationsgremium haben) und in allen anderen Erdteilen zunehmend zusammenarbeiten, stellt die Grundlage dar, auf der es gelingen kann, die hehren Ansprüche der Vereinbarung tatsächlich durchzusetzen. Schließlich ist Freudenberg empfindlich gegenüber einer Kritik, dass etwa in einer Freudenberg-Firma irgendwo auf der Welt die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Es würde sich nicht gut machen, wenn verkündet z.B. werden würde, Elefant-Kinderschuhe würden in einem Konzern hergestellt, in dem Kinder zur Arbeit gezwungen werden (wie dies nach unserer Kenntnis – bei Freudenberg zwar nirgends auf der Welt vorkommt, in sehr vielen Textil- und Lederbetrieben in Pakistan, Indien und vielen anderen Ländern aber absolut verbreitet ist!).

Insofern wird die Vereinbarung doch zu Recht als Durchbruch bezeichnet. Können damit doch – im Idealfall – die Rechte und internationalen Standards der UNO und ILO, die allesamt nur Empfehlungen darstellen und in so vielen Ländern der Welt tagtäglich und zunehmend gebrochen werden, zumindest innerhalb eines Konzerns verbindlich festgeschrieben werden. Bedenkt man, dass der allergrößte Teil des Welthandels durch die großen multinationalen Konzerne kontrolliert wird, so wird die Relevanz solcher Vereinbarungen deutlich.

Wir dokumentieren Auszüge aus der Vereinbarung. BF

Zusammenarbeit, Verantwortung und sozialer Dialog in der Unternehmensgruppe Freudenberg – Präambel: Ziel der Vereinbarung ist es, auf der Grundlage langfristig wirtschaftlichen Erfolges in allen Unternehmen der Freudenberg-Gruppe Zusammenarbeit und soziale Verantwortung zu fördern, den sozialen Dialog sowie gegenseitige Informationen und gemeinsame Beratungen zu stärken und erforderliche und gebotene Standards zum Umweltschutz und zur Arbeitssicherheit einzuhalten und weiterzuentwickeln.

Diese Vereinbarung soll eine offene Informationsebene schaffen zwischen der Unternehmensleitung der Freudenberg-Gruppe einerseits und der ICEM und ihren Mitgliedsorganisationen andererseits als wichtige Grundlage für die Entwicklung guter Sozialbeziehungen im Unternehmen.

Diese Vereinbarung fußt auf der sozialen Verpflichtung der Freudenberg-Gruppe gegenüber all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Fortschritt, ethische Grundprinzipien: Die vertragsschließenden Parteien stimmen darin überein, dass sie gemeinsam auf der

„union busting“

„Vibracoustic North America – Ein Freudenberg-NOK Unternehmen“

Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Einige von Ihnen haben sicher schon davon gehört: vor ein paar Wochen verteilten zwei Gewerkschaftsvertreter Gewerkschaftsunterlagen und versuchten, unsere Belegschaft zu einer Gewerkschaft in Ligonier zu überreden. Wir haben bereits früher schon betont, dass FNGP/VIBRAROUS-TIC vehement dagegen ist, dass sich fremde Drittparteien in die Beziehungen zwischen Mitarbeitern und Unternehmen einmischen (...) Vielleicht werden Sie dazu aufgefordert, Gewerkschaftsunterlagen zu unterschreiben. Wir fordern Sie dringend dazu auf, keine Unterschriften zu leisten (...) Wir sind davon überzeugt, dass wir hier keine Gewerkschaft brauchen. Eine Gewerkschaft wird uns allen die Dinge nur erschweren.

Wenn also die Gewerkschaft bei Ihnen vorbeikommt, dann hoffen wir, dass sie nicht interessiert sind und dass wir in Ligonier keine Gewerkschaft brauchen. Ligonier, USA, April 2000“

Basis einer am langfristig wirtschaftlichen Erfolg der Freudenberg-Gruppe orientierten Zusammenarbeit die Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Gerechtigkeit verfolgen möchten. Sie setzen sich trotz teilweise unterschiedlicher Interessen zum Ziel, durch geeignete Dialoge beiderseitig tragfähige Lösungen, auch bei Konflikten, zu finden.

Zur langfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs der Freudenberg-Gruppe und Einlösung ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber ihren Mitarbeitern, sind eine erfolgreiche Entwicklung aller Unternehmensfunktionen und Geschäftsgruppen sowie ein gesundes Wachstum notwendig.

Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung, Mitarbeitern und deren Vertretungen, Innovation und Flexibilität der Arbeitsorganisation schaffen die Grundlage für den zukünftigen Erfolg der Beschäftigten und der Freudenberg-Gruppe.

Die Freudenberg-Gruppe verurteilt die Beteiligung an unethischen oder ungesetzlichen Geschäften. Es werden grundsätzlich keine Waffen oder waffenähnliches Kriegsmaterial hergestellt.

Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern: Mindeststandards: Der Umgang zwischen den Mitarbeitern und der Unternehmensleitung der Freudenberg-Gruppe ist von gegenseitiger Achtung, Verständnis und Vertrauen geprägt. Beide Vertragspartner bekräftigen ihre Unterstützung der Menschenrechte in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz. Die bestehenden internationalen Vereinbarungen der ILO, die dazu Mindeststandards vorschreiben, sind Richtschnur für die Freudenberg-Gruppe. Dies umfasst insbesondere die folgenden Übereinkommen hinsichtlich des Verbots von Zwangarbeit gemäß den Definitionen der ILO-Konventionen 29 + 105, von Kinderarbeit gemäß den Definitionen der ILO-Konvention 138, sowie des Gebots von Chancengleichheit und Gleichbehandlung im Arbeitsverhältnis, gemäß ILO-Konventionen 100 und 111, der Wahrung der Koalitionsfreiheit und der Respektierung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte gemäß den ILO-Konventionen 87 und 98.

Rolle der Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaftsrechte: Das Recht der Beschäftigten, in der Freudenberg-Gruppe frei Gewerkschaften ihrer Wahl beizutreten, Arbeitnehmervertretungen zu wählen und in Tarifverhandlungen gemeinsame Interessen zu vertreten, wird anerkannt.

Es ist Teil der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Unternehmensleitung der Freudenberg-Gruppe und den Mitarbeitern, dass dort wo Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren wollen und Gewerkschaften ihre Anerkennung beantragen, im Dialog mit einander Wege zur Entwicklung guter Beziehungen gesucht werden. Dies schließt jede Form der Ungleichbehand-

lung, der Diskriminierung oder der Sanktionierung gewerkschaftlicher Organisierung aus. Grundlage hierfür sind die in der ILO-Konvention 135 festgelegten Verbote der Benachteiligung von betrieblichen oder gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretern.

Ökologischer Fortschritt, Arbeits- und Umweltschutz: Nachhaltiger Schutz der Umwelt und natürlichen Ressourcen ist ein in den Leitsätzen für die Freudenberg-Gruppe verankertes Ziel. Die Freudenberg-Gruppe und ihre Anteilseigner sind gemeinsam dem Schutz der Umwelt verpflichtet. Sie wollen in allen Staaten, Ländern und Gemeinden, in denen sie tätig sind, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und als verantwortungsbewusste Nachbarn anerkannt sein. Sie wenden äußerste Sorgfalt dafür auf, um Sicherheit am Arbeitsplatz und die Sicherheit ihrer Produkte zu gewährleisten.

Flexibilität, neue Formen der Arbeitsorganisation: Die Unternehmensleitung der Freudenberg-Gruppe einerseits und ICEM und IG BCE andererseits stimmen darin überein, dass der für die Sicherung von Arbeitsplätzen notwendige langfristige und nachhaltige wirtschaftliche Erfolg der Freudenberg-Gruppe wesentlich davon abhängt, dass die einzelnen Geschäftsgruppen international wettbewerbsfähig sind und sich auf dem Weltmarkt behaupten und durchsetzen können.

Alle Bemühungen müssen auf lokaler/nationaler Ebene unternommen werden, um den Konsens über die Einführung flexibler, effektiver und kundenorientierter Formen der Arbeitsorganisation zu erreichen. Im Zusammenhang mit der konkreten Ausgestaltung sind die Interessen der Beschäftigten unter Wahrung lokaler Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen.

Schlussbestimmungen: Um sich gegenseitig über die Umsetzung dieser Vereinbarung und damit zusammenhängender Fragen zu informieren und Erfahrungen auszutauschen, findet jährlich ein Treffen statt, an dem seitens Freudenberg das für Personal zuständige Mitglied der Unternehmensleitung sowie der Leiter der Konzernfunktion Recht und von Seiten ICEM ein Vertreter des Sekretariats sowie von der IG BCE der Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen teilnehmen werden. Dabei findet auch eine Überprüfung der getroffenen Vereinbarung statt. Gute Beispiele für die Entwicklung der sozialen Beziehungen, der Verbesserung des Umwelt- und Arbeitsschutzes und andere besonders förderwürdige Themen können Gegenstand dieses Dialogs sein, um sie ggf. auch für die Zusammenarbeit auf anderen Unternehmensebenen nutzbar zu machen. Beide Seiten verpflichten sich, im Falle von Konflikten oder Verstößen gegen diese Vereinbarung direkt und unverzüglich in Kontakt zu treten, um eine gemeinsame Lösung zu finden...

lung, der Diskriminierung oder der Sanktionierung gewerkschaftlicher Organisierung aus. Grundlage hierfür sind die in der ILO-Konvention 135 festgelegten Verbote der Benachteiligung von betrieblichen oder gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretern.

Steuerreform versetzt Industrie in Hochstimmung – HB, Donnerstag, 20.7.2000. – Der BDI verkündet, mit einer weiteren Festigung des Aufschwungs im verarbeitenden Gewerbe sei zu rechnen. Die ohnehin schon gute Stimmung in den Unternehmen wird sich laut BDI durch die jetzt verabschiedete Steuerreform weiter verbessern. Nun müsse es darum gehen, den Aufschwung durch stärker wachstums- und beschäftigungsfördernde Elemente abzustützen. Die positive Wirkung der Steuerreform auf die Konjunktur könnte durch die bereits diskutierte Verschärfung der Abschreibungs-vorschriften abgeschwächt werden, schränkten die BDI-Ökonomen ihr Lob ein.

DIHT für eine „neue Kultur der Anstrengung und Leistungsorientierung“. – HB, Donnerstag, 27.7.2000. – Sowohl der DIHT als auch die BDA wiesen darauf hin, dass viele Stellen für Berufsschullehrer nicht besetzt seien. Um den Nachwuchs zu sichern, müsse über eine attraktive, differenzierte Entlohnung nachgedacht werden, betonten sowohl DIHT-Hauptgeschäftsführer F. Schoser als auch BDA-Präsident D. Hundt. Schoser forderte die Gewerkschaften auf, ihren Widerstand gegen neue Ausbildungangebote für lernschwache Jugendliche aufzugeben. Prinzipiell seien mehr Flexibilität und Differenzierung in den Berufsschulen nötig, die ihre Ausbildung stärker auf die jeweiligen Berufsfelder und weniger auf den allgemeinbildenden Anspruch ausrichten sollten. Arbeitgeberpräsident Hundt sprach sich für die praktische Ausbildung und die Streichung des zweiten Berufschultages ab dem zweiten Ausbildungsjahr aus.

Bund soll Zuschüsse für Bahn aufrechterhalten. – Die Industrie mahnt die Bundesregierung, den Etat für die Schienenwege wie versprochen um eine Mrd. DM aufzustocken. De facto sehe der Haushaltsentwurf 2001 wie auch die Finanzplanung bis 2004 jedoch eine Kürzung der Investitionen vor, kritisierte der BDI. Erst vor wenigen Tagen hatte die Industrie die Vernachlässigung der Wasserwege und ein unzureichende Flughafenkonzept der Bundesregierung bemängelt.

Unternehmerverbände fordern geringere Steuern bei Abfindungen. – HB, Freitag / Samstag, 28./29.7.2000. – Bei Betriebsveräußerungen und für Abfindungen entlassener Arbeitnehmer soll der halbe Steuersatz eingeführt werden, so Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften.

Presseauswertung: rst

Keine Kandidatur bei Landtagswahl 2001: Auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 22. Juli in Stuttgart beschloss die PDS Baden-Württemberg, bei den Wahlen zum Landtag im März 2001 nicht zu kandidieren. Dazu heißt es in einer Presseerklärung:

Entscheidender Grund war das bestehende Landeswahlrecht, das der noch kleinen baden-württembergischen PDS wenig Chancen bietet, die potenziellen Wählerinnen und Wähler der PDS zu mobilisieren. Für eine flächendeckende Kandidatur wären 10.5000 Unterstützungsunterschriften notwendig gewesen. Trotz steigender Mitgliederzahlen und wachsender kommunaler Verankerung wäre die PDS aber noch nicht in der Lage, in den 70 Wahlkreisen des Landes mit EinzelkandidatInnen anzutreten.

So bestünde die Gefahr, dass das Bundestagswahlergebnis 1998 nicht erreicht wird. Die PDS verzichtet deshalb auf eine Kandidatur für die Landtagswahl 2001, so der Beschluss. Sie setzt stattdessen auf weiteren PDS-Aufbau vor Ort, auf Verbreiterung ihrer kommunalen Basis, auf Bündnisarbeit in Verbänden, Gewerkschaften und sozialen Initiativen. Darüber hinaus will der Landesverband in eine organisierte Positionsbildung zu landespolitischen Themen einsteigen.

In den Bereichen Ausländer-/Asyl-/Rechtspolitik, Antifaschismus, Energiepolitik, Volksbegehren „Mehr Demokratie“, Umwelt- und Verkehrspolitik, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik engagieren sich bereits jetzt zahlreiche Mitglieder und einige Arbeitsgruppen. Dieses Engagement soll gebündelt und landesweit nutzbar gemacht werden.

Die PDS will dazu beitragen, dass die Opposition stärker auf die Straße getragen wird. Für mehr Bürgerentscheide und direkte Demokratie auf kommunaler Ebene gibt es eine breite Bewegung. Ohne solchen Druck von unten besteht keine Chance für mehr Politik von links.

Die **Frankfurter PDS** wird 2001 zu den Kommunalwahlen antreten. Da keine Prozent-Klausel besteht hat die PDS Chancen in einigen Kommunalparlamenten in Hessen einzuziehen. In Frankfurt stellte sie auch schon einen Oberbürgermeisterkandidaten auf. Zu Überraschung vieler wurde der kompetente Eberhard Dähne aufgestellt. Dähne war vor Jahren einmal in der DKP und sucht in Frankfurt seit vielen Jahren die Zusammenarbeit mit vielen linken Kräften und unterstützt auch das Projekt „Frankfurter Info“. Dähne ist Fachmann in Sachen Kommunalpolitik und war auch schon mal in Marburg im Stadtrat.

Unangenehm dagegen ist, dass Jose del Pozo mit einer multikulturellen Liste zu den Kommunalwahlen in Frankfurt kandidieren will. Als PDS-Mitglied war er

seit einem Jahr im Parteivorstand und baute ohne Kenntnis und Diskussion eine eigene Liste auf. Er trat jetzt aus der PDS aus und sucht sein neues Glück woanders.

Die Juli-Ausgabe von **Disput** ist erschienen. Unter anderem mit einem Artikel von Lothar Bisky zur Programmdiskussion und mit einem Bericht über eine Veranstaltung mit Pierre Bourdieu in Frankfurt. Die Artikel kann man sich auch aus dem Internet herunterladen: www.pds-online.de/disput/007/

Die **AG Kommunalpolitik** befasste sich auf ihrer letzten Tagung im Juni auch im programmatischen Fragen. Der Rechtsanspruch aller Kinder auf einen unentgeltlichen Platz in Krippen, Kindergärten, Horten und anderen Einrichtungen soll ein Schwerpunkt werden. Moniert wurde, dass in Sachen Kita-Betreuung manches verschenkt wurde. Das *Informationsblatt linke Kommunalpolitik* brachte in der Ausgabe 9/10 einen ausführlichen Artikel.

Der PDS-Parteivorstand hat nach seiner Sitzung am 17. Juli die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zur **Rentenreform** veröffentlicht. Was daran auffällt: die PDS scheint sich jetzt doch mehr darauf zu konzentrieren, auf Schwachpunkte der Regierungs-/Unionskonzepte hinzuweisen, die vor allem in einer ungenügend Solidarität gegenüber den Ärmsten der Gesellschaft gesehen werden.

Nicht mehr so stark sind die Betonung der einfachen Verteidigung des bestehenden oder – in schlechter Umkehrung – die Forderung („Utopie“) nach einem völlig anderen Rentensystems. Beides müsste scheitern, weil es an den Lebensverhältnissen und Lebensplanungen so vieler Menschen vorbei ginge.

Die PDS hat also noch Chancen in der Rentendiskussion politische Marken zu setzen. Sie muss sich allerdings beeilen und vielleicht auch in der Öffentlichkeit vor allem im Westen sich besser bemerkbar machen (so hört man, dass eine Plakatkampagne flächendeckend nur im Osten gemacht werden soll und im Westen Baden-Württemberg und Bayern ganz ausklammern soll).

Wir dokumentieren im folgenden einige Auszüge aus dem Papier der Arbeitsgruppe des Parteivorstands (vollständig auf der Homepage der PDS):

A. Richtungentscheidung

Die Rentenpläne zielen auf die Auflösung sozialstaatlich hergestellter Solidarität in der Gesellschaft. Vorentscheidungen für den Abbau weiterer sozialer Sicherungssysteme werden getroffen: Senkung des sozialstaatlich verbürgten Rentenniveaus vor allem für zukünftige Generationen; dauerhafte Senkung der Lohnkosten für die Unternehmen; Privatisierung der sozialen (Alters)Sicherung

durch offene oder verdeckte Pflicht zur privaten Vorsorge für ein normales Sicherungsniveau und deren steuerliche Förderung.

Die Rentenpläne richten sich gegen die Interessen von Millionen Menschen, die auf eine ausreichende soziale Alterssicherung angewiesen sind. Sie richten sich gegen die junge Generation. Sie knüpft an den Interessen derer an, die aufgrund ihrer materiellen Lage aus der gesellschaftlichen Solidargemeinschaft aussteigen wollen und können. Sie ist ein Aussteigermodell für die „Börsen-Gesellschaft“. Die Wirkung der steuerlichen Privatisierungsanreize bedeutet eine gigantische indirekte staatliche Subvention privater Versicherungsunternehmen.

Die PDS wendet sich gegen einen solchen Systemwechsel. Sie steht für den Grundsatz: Die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente ist für eine soziale Gesellschaft unverzichtbar. Die Leistungsfähigkeit und das Vertrauen in die soziale Alterssicherung leben davon, dass ohne zusätzliche private Anstrengungen ein „normales Leben“ für das Alter versichert und gesichert ist. Gewandelte und sich weiter wandelnde Arbeits- und Lebensverhältnisse erfordern Reformen auf der Einnahmen- und auf der Leistungsseite. Sie sind innerhalb des Systems des solidarischen, sozialen Ausgleichs zu leisten, nicht durch ihre Auslagerung in private Vorsorge.

Die Umlagefinanzierung ist nicht nur immanent zu stärken, sondern die sozialstaatliche Alterssicherung ist in einen allgemeinen Politikwechsel einzubetten. Entscheidend ist nicht das Verhältnis von Jungen zu Alten, sondern das Verhältnis von BeitragszahlerInnen zu LeistungnehmerInnen: Abbau der Arbeitslosigkeit, Ausweitung der Erwerbsquoten/Frauenerwerbstätigkeit sind wichtigste Voraussetzungen dafür. Niedriglöhne sind schon deshalb kein Ausweg, weil niedrige Löhne zu niedrigen Beiträgen und diese zu niedrigen Ansprüchen führen.

B. Inhaltliche Hauptkritikpunkte

Unsere Hauptkritik an den vorliegenden Rentenplänen richtet sich gegen:

1. *Die Senkung des Rentenniveaus.* Die Senkung des Rentenniveaus auf nominal 64% (2030), real eher 60% des heutigen Niveaus (durch veränderte Nettoanpassungsformel) führt zu steigender Altersarmut. Das Abschmelzen des Sicherungsniveaus auf einen Wert kaum über der relativen Armutsgrenze führt geradewegs zur Kürzung der Rente auf ein Grundsicherungsniveau.

2. *Faktisch obligatorische Privatisierung der Versicherung zur Erreichung einer normalen Altersvorsorge.* Private Vorsorge muss bleiben, was sie heute ist: freiwillige Anstrengung zur Erreichung eines Rentenniveaus von über 70%.

3. *Aufgabe der paritätischen Finan-*

zierung. Einseitige Entlastung der Unternehmen.

4. Abschlagsfaktor, der vor allem die junge Generation betrügt.

5. Schweigen zu den tatsächlichen Zukunftsfragen:

a) der eigenständigen Alterssicherung für Frauen

b) der absehbaren Zunahme unsteter Erwerbsbiographien

C. Es geht auch anders: Die PDS streitet in der gegenwärtigen Renten-Debatte ...

I. ... für folgende grundlegenden Zielstellungen jeder zukünftigen sozialen Rentenreform ...

1. Erhalt der umlagefinanzierten sozialstaatlichen Rente durch Einnahmen- und Leistungsreformen.

2. Sie muss für jeden und jede den Weg eröffnen, im Rahmen eines „normalen Lebens“ eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen, die ein ausreichendes Einkommen für ein „normales Leben“ im Alter ermöglicht: das heutige durchschnittliche Rentenniveau darf deshalb nicht unterschritten werden.

3. Hierfür darf private Vorsorge nicht obligatorisch sein und muss auch nicht gefördert werden. Private Vorsorge soll nur zusätzlich zur Erreichung eines höheren Alterseinkommens (als 70% Rentenniveau) auf freiwilliger Basis – wie heute – möglich sein. Ein Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge als 2. Standbein mit besserer Verzahnung zur GRV ist dagegen möglich und zweckmäßig.

5. Die Zahlungen aus der GRV müssen grundsätzlich (bei langjährig Versicherten) Altersarmut verhindern. Die GRV braucht einen armutsfesten Sockel, der mittelfristig innerhalb der GRV durch eine Neugestaltung des Verhältnisses von Beitragsäquivalenz und Solidarausgleich zu schaffen ist. (50% des durchschnittlichen gesellschaftlichen Nettoarbeitsinkommens).

6. Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensstandard und Generationengerechtigkeit sichern: Dynamisierung nach Nettolohnformel (als Kernelement der Sicherung des bei Renteneintritt erreichten Lebensstandards und der „Lastengerechtigkeit“ zwischen BeitragszahlerInnen und LeistungsnaherInnen).

6. Altersarmut existiert schon heute. Sie droht – infolge von Arbeitslosigkeit, gewandelten Lebensverhältnissen und Leistungskürzungen – zukünftig wieder anzuwachsen. Solange diese Risiken im Regelfall nicht innerhalb der GRV aufgefangen werden können, bleibt eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung im Alter außerhalb der GRV auf steuerfinanzierter Basis unverzichtbar.

(...)

Zusammenstellung: jöd

„Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von morgen. Irrationalismus – Esoterik – Antisemitismus“ – Bericht vom Kongress

Zero-Tolerance für Esoterik und Irrationalismus!

Die Münchner Lokalberichte veröffentlichen einen Bericht von einem „Anti-Esoterik-Kongress“ an der Uni München.

Bereits im Vorfeld war der Kongress „Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von morgen. Irrationalismus – Esoterik – Antisemitismus“ einigen Angriffen ausgesetzt. So wurde von verschiedenen Seiten versucht, die Universitätsleitung dazu zu bewegen, die gemieteten Räume nicht zur Verfügung zu stellen. Die Vertretung des Dalai Lama schrieb an die Veranstalter, weil er sich durch das Kongressplakat verunglimpt fühlte. Und auch während des Kongresses zeigten sich immer wieder Anhänger verschiedener esoterischer und irrationaler Konzepte empört über die Fakten und Analysen, die die Referenten vorbrachten.

Das kann nicht verwundern, war doch erklärt Ziel dieses Kongresses, die Funktion esoterischer Erklärungsmuster zur Herrschaftssicherung und die „braune Aura“ der Esoterik sichtbar zu machen und Gegenstrategien zu diskutieren. Aufgrund der Fülle von – teilweise parallel stattfindenden – Veranstaltungen war es unmöglich, alle Vorträge zu besuchen, doch jedes einzelne Referat bot den ca. 300 Kongreßteilnehmern eine Fülle von Informationen und Denkanstößen.

Colin Goldner, der Leiter des Forums kritische Psychologie in München, ist dort zuständig für die Beratungsstelle für Therapie- und Psychokultgeschädigte – die einzige ihrer Art in Deutschland. Er stellte zunächst fest, wie weit verbreitet Esoterik inzwischen ist. 12 Millionen Menschen im deutschsprachigen Raum

sind Anhängern dieser irrationalen Konzepte, die einschlägigen Produkte und „Dienstleistungen“ bringen jedes Jahr einen Umsatz von 20 bis 25 Mrd. DM. „Jeder zweite Deutsche glaubt an außerirdische Wesen, jeder dritte an UFOs, jeder siebte an Magie und Hexerei, zwei von drei Bundesbürgern fürchten sich vor Erdstrahlen, über 35% halten die Zukunft für vorhersagbar, rund 20% glauben, es lasse sich Kontakt zum Jenseits herstellen. Rund 40% aller Deutschen glauben, daß manche Menschen durch Beschwörungen oder Handauflegen bestimmte Krankheiten heilen können und mehr als 50% sind davon überzeugt, daß Methoden wie Ayurveda oder Bach-Blütentherapie eine echte Alternative zur Schulmedizin bieten. In einer Befragung Jugendlicher zwischen 14 und 18 Jahren zeigte sich, daß fast jeder zweite mit überirdischen Praktiken wie Pendeln oder Gläserrücken vertraut war. (...) Mehr als 15% des deutschen Buchhandelsumsatzes werden inzwischen mit esoterischen Schriften erzielt, unter den Bestsellern kommen rund 25% aus dem Bereich der Esoterik.“ Übersinnliches hat Hochkonjunktur. Laut Goldner kann man fast pauschal sagen, daß in der Esoterik-Szene die Gurus Männer sind und die Adelten Frauen. Wenn Frauen überhaupt die Rolle des Gurus spielen, vertreten sie die traditionellen männlichen Werte. Gerade hier werden klassische reaktionäre Rollenmodelle fortgeschrieben und zementiert.

Man stößt in jedem Lebensbereich auf esoterisches Gedankengut, dabei handelt es sich um eine bunte Mischung ideologischer, religiöser und kultureller Versatzstücke aus den verschiedensten Traditionen. Aber auch wenn viele Esoteriker propagieren, ein neues, noch nie dagewesenes Denken gefunden zu haben, stehen sie in einer Tradition, die weit zurück reicht. Ultrareaktionäre, völkische, rassistische und antisematische Inhalte durchziehen diese in der Regel streng hierarchisch aufgebauten Weltanschauungen. Wenn im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in der Reihe PSI Aussagen getroffen werden wie: „Die Form, wie du dich im jetzigen Leben präsentierst, ergibt sich daraus, wie du dich im letzten Leben verhalten hast“, so heißt das im Klartext: Wer ausgebeutet wird, krank ist, Opfer von Vergewaltigung, Folter oder Krieg wird, ist



Arischer Nazikult: Wagen der Jagdgöttin Diana bei der „Nacht der Amazonen im Nymphenburger Schloßpark, 1938, aus: München, Hauptstadt der Bewegung, 1993, Münchener Stadtmu-

an seinem Schicksal selbst schuld, eine Analyse oder gar Bekämpfung der Ursachen ist weder notwendig noch überhaupt möglich. Man kann sich gegen dieses angeblich selbstverschuldete Elend nicht wehren, es wird als gerecht dargestellt und im übrigen bleibt ja immer die Hoffnung auf ein besseres Schicksal in der nächsten Reinkarnation. Konsequenterweise wird auch der Holocaust als ein „Abtragen karmischer Schuld“ gerechtfertigt, wie z.B. vom Esoterik-Rechtsaußen Erhard Freitag. Die Behauptung, die Juden seien selbst schuld am Holocaust, ist in Esoterik-Kreisen weit verbreitet.

Colin Goldner arbeitete fünf zentrale Punkte heraus, die die Esoterik kompatibel zu faschistoiden Strukturen macht: der Guruismus mit seiner zentralen unangreifbaren Führerfigur; die Heilsdoktrin mit ihrem immanenten elitären Element; die Hierarchie in der Organisation; eine permanente Indoctrination und der rabiaten Umgang mit Kritikern. Peter Kratz vom Berliner Institut für Faschismusforschung (BIFFF) stellte in Anlehnung an Georg Lukács die These auf, daß Bedingung und Chance des Irrationalen im Nichtbegreifen der Wirklichkeit liegt. In der politischen und ökonomischen Umbruchssituation mit ihren wachsenden sozialen Spannungen ist es vor allem die Enttäuschung über nicht gehaltene Versprechen, die die Hinwendung zu irrationalen Konzepten begünstigt.

Die 90er Jahre – eine Phase des Neoliberalismus – sind geprägt vom Abbau der Sozialsysteme und einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Der sich immer schärfer zuspitzende Konkurrenzkampf wird begleitet von einer (erneuteten) Eugenik- und Euthanasie-debatte, die auch in der Esoterikszene eine große Rolle spielt. Als ein Beispiel dafür nannte Peter Kratz das derzeitige völlig unkritische Magnus-Hirschfeld-Revival, da dieses Idol der schwulen Emanzipationsbewegung auch ein Eugeniker, der Sexualität nicht unter hedonistischen, sondern ausschließlich bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten betrachtete. Mindestens fünf Mitglieder der Bundesregierung haben Verbindungen in die Esoterik-Szene. Auf Verbindungen der Regierungsparteien in den irrationalen und braunen Sumpf hat Peter Kratz schon früher hingewiesen, so z.B. in seinem Buch „Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD“, wo er in den frühen 90er Jahren ein Paradigmenwechsel ausmacht: „Weg von der Emanzipation, weg von der Friedenspolitik, hin zum Profit der Unternehmer und dem Heil der Nation als den hauptsächlichen Kriterien ihrer Politik.“ (...) „Die globale Präsenz braucht auch eine ideologische Rüstung. Die Einsparungen im Sozialen gingen immer schon mit nationalistischer Rhetorik und Gemeinschaftsduselei einher, und so soll auch jetzt, wer sozial und rechtlich dereguliert wird, wenigstens glauben, daß alle in einem Boot sitzen. Die SPD hat sich in den 90er Jahren Kon-

zepten angenähert, die konservative Marktwirtschaftsideologen wie Ludwig Erhard und Rüdiger Altmaier in den 60ern als „Formierte Gesellschaft“ bezeichneten und die ihren Ursprung in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Konservativen Revolution haben.“ in einem konkret-Artikel (konkret 12/96, S. 14) stellt er fest, daß die Sekten-Enquêtekommission des Deutschen Bundestages fest in der Hand rechter Sekten ist. „Mitglieder der Enquête-Kommission treten für die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten ein, und sie möchten die bisher nicht kontrollierte Religions-Konkurrenz einbinden, denn die Funktion der neu erwachten Religiösität als Überbau des Sozialabbaus ist zu wichtig, als daß man sie den Hasardeuren spiritueller Moden überlassen dürfte. Bei näherem Hinsehen erscheint die Kommission vor allem als ein Experimentierfeld, um reaktionäre ideologische Entwicklungen zusammenzufassen, die in den Zeiten kommender Massenarmut benötigt werden.“ Ihr Ziel sei es, den Sektenbegriff so umdefinieren, daß alle Weltanschauungen, die eine Gesellschaftsveränderung und einen „Neuen Menschen“ zum Ziel haben, gleichermaßen bekämpft werden können. Dazu zählen dann „Progressivismus, Positivismus, Marxismus, Kommunismus etc.“. Laut Kratz sei das Wiedererstarken des Pantheismus und Organismus nicht möglich gewesen ohne des Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und dem damit verbundenen rapiden Schwund materialistischer und marxistischer Positionen an den Hochschulen und in der Gesellschaft.

Peter Bierl, der unter dem Titel „Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister“ ein Buch über die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik veröffentlicht hat, zeigte in seinem Vortrag auf, daß die Anthroposophen einen spezifischen Rassismus und Antisemitismus entwickelt haben, der in den 90er Jahren neue Konjunktur hat. Steiner behauptete, daß hinter der sichtbaren Welt eine Geisterwelt existiere, die die Geschichte lenke. Natürlich eröffne nur die Anthroposophie den Kontakt mit den Geistern, die überall wirken, sofern man sich mit selbstloser Hingabe und Demut bis hin zur Selbstauslöschung diesen Stimmen öffne. Kern des anthroposophischen Rassismus ist die Reinkarnationslehre, nach der man nacheinander auf 7 Planeten einen siebenstufigen Pfad der Erleuchtung vom Mineral über Pflanze, Tier, Mensch bis hin zum Erzengel durchlaufen müsse, und die Lehre von den „Wurzelrassen“. Nach dieser Doktrin hat jede „Rasse“ eine spirituelle Mission auf der Erde zu erfüllen, wenn sie dies getan hat, bleiben nur degenerierte Wesen zurück, die nicht mehr entwicklungsfähig sind. Steiner behauptet, daß die „arische Wurzelrasse“ von den Bewohnern des sagenhaften Kontinents Atlantis abstammen, dann ausgehend von Tibet ihre Wandering begannen und alle Hochkulturen

begründeten. Grundlage des anthroposophischen Antisemitismus ist der christliche Antisemitismus: laut Steiner hatten die Juden zwei historische Missionen, erstmals die Entwicklung des Monotheismus und zweitens „die Bereitstellung des körperlichen Gefäßes für die Reinkarnation des Sonnengottes“. Nachdem sie diese Mission erfüllt haben, haben sie für Steiner keine Daseinsberechtigung mehr. Ein weiteres Element des anthroposophischen Rassismus ist die Phrenologie, also die Lehre, man könne anhand von äußeren Merkmalen auf Charaktereigenschaften des Menschen schließen. Auch die Festschreibung reaktionärer Rollenzuweisungen ist Teil der anthroposophischen Lehre: Sie behaupten, der Mann sei durch das Element des Willens geprägt, während Frauen charakterisiert sind durch Aufopferung und Hingabe, eine „hingebungsvolle Passivität“. Dabei ist dies keineswegs nur Teil der Geschichte der Anthroposophen: erst 1996 wurde auf einem Kongreß der Waldorfpädagogen in der Schweiz betont, die Karmalehre Steiners sei Grundlage der Waldorfpädagogik, der Mythos von Atlantis und den „Wurzelrassen“ taucht an Waldorfschulen im Geschichtsunterricht auf. Bisher war aus Anthroposophenkreisen keine Distanzierung von rassistischen und antisemitischen Aussagen Steiners zu vernehmen, Kritikern wird entgegengehalten, man könne die Anthroposophie nur verstehen und kritisieren, wenn man sich auf die Geisterwelt einläßt – Kritik von außen ist da natürlich nicht möglich und wird nicht akzeptiert.

Weitere Vorträge auf diesem Kongreß hielten Prof. Heinrich Fink, PDS-MdB, Theologe und abgewickelter Rektor der Humboldt-Universität Berlin, zum Thema „die Wurzeln des Antisemitismus“; Natan Sznaider, Soziologe an der Universität Tel Aviv: „Holocaustinnerung und Globalisierung“, Thomas Ebermann, freier Publizist aus Hamburg, befaßte

Irrtum & Korrektur:

In der letzten Ausgabe kam es bei der Korrektur eines technischen Problems zu einer Unachtsamkeit. Im Aufsatz über Steuern im antiken Griechenland war auf der Seite 21 oben einige Zeilen doppelt, die dann am Ende von Seite 21 fehlten. Wir bitten Autorin und Leser um Entschuldigung. Hier die beiden unvollständigen Sätze:

Es folgten lange erbitterte Kämpfe um Finanzen, Vorrechte, Seerechte und Münzrechte und endete gegen 404 v.Z. mit einer Art Selbstvernichtung Athens.

In die Geschichte ist diese Epoche vor allem wegen ihrer unvergleichlichen philosophischen und kulturellen Höchstleistungen eingegangen – sei es in der Baukunst, der Vasenmalerei, der Musik, der Dichtung oder Philosophie.

sich mit „Standort-Unlogik“ und die Gruppe Gegenuniversität setzte sich mit dem Thema „Wissenschaft und Herrschaft“ auseinander.

Die abschließende Podiumsdiskussion war der Frage gewidmet, ob Aufklärung über Irrationalismus und Esoterik ausreiche. Dabei waren sich die Podiumsteilnehmer – Peter Kratz, Colin Goldner, Peter Bierl, Thomas Ebermann und Florian Beck von der Gruppe Gegenuni einig, daß Aufklärung keinesfalls ausreicht, da sich diese Auseinandersetzung nicht in der Philosophie entscheidet, sondern bei der Veränderung der materiellen Verhältnisse. Peter Kratz wies noch einmal darauf hin, daß zwar eine Debatte über das Wirken von Sekten begonnen hat, aber diese nicht dazu dient, aufzuklären, sondern nur dazu, die gröbsten Auswüchse abzuknicken, um den Rest umso besser weiterverwerten zu können. Die Enquête-Kommission „Sekten“ des Bundestages, die sich die Beobachtung dissidenter Meinungen zum Ziel gesetzt hat, ist zudem das beste Beispiel dafür, wie diese Debatte gegen linke Kräfte gewendet wird. Colin Goldner setzte sich

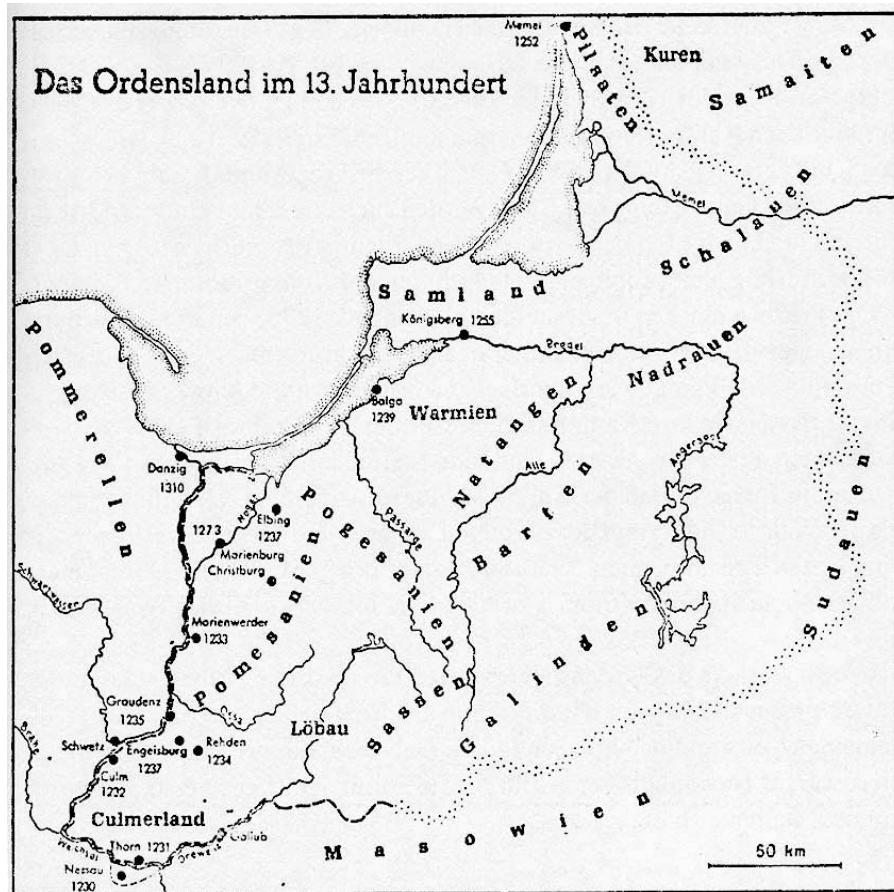
noch einmal ein für „Null-Toleranz“ gegenüber allen irrationalen Elementen: „Wenn es denn so ist, daß diese Ideologie Einfallstor für faschistische Formen ist, wenn persönliche Verbindungen zwischen der Esoterik-Szene und faschistischen Strukturen gegeben sind, dann ist es an der Zeit, daß wir alle aufwachen und dagegen arbeiten.“ Florian Beck von der Gruppe Gegenuniversität betonte, daß Irrationalismus bereits in der herrschenden bürgerlichen Wissenschaft angelegt ist und daß es notwendig ist, die objektive Funktion von Wissenschaft zu untersuchen. Die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft ist an Verwertungsinteressen orientiert, sie liefert Erklärungsmuster für soziale Unterschiede und Herrschaftsstrukturen. Die hier vorhandenen Biologismen sind nicht weit von den Mythen der Esoteriker entfernt. Mit dem Zitat „Wir wollen nicht klüger sein als der Markt“ (Toni Blair) zeigte Thomas Ebermann auf, daß Marktfetischismus und Irrationalismus die gleichen Strukturen aufweisen und betonte, daß sachliche Gegenargumente den irrationalen Blödsinn nur aufwerten. Mit der Aussage „Wir sind nicht der Ansicht, daß

Argumente Steine ersetzen können, wohl aber, daß ein gut gezielter Stein ein Argument unterstreichen kann“ brachte er die im Publikum vertretenen Esoteriker an den Rand der Weißglut. Sein Fazit: In der kapitalistischen Gesellschaft ist alle Aufklärung nur Flickschusterei (was sie aber nicht abwerten soll). Peter Bierl hob hervor, daß die Esoterik gerade unter Rot-Grün einen Aufschwung erlebt, was kein Wunder sei bei den vorhandenen Affinitäten vieler Politiker dieser Parteien zu den verschiedensten Sekten und frei-religiösen Gruppen. Seiner Ansicht nach wirkt sich das auch auf Regierungshandeln aus: „Innenminister Schily setzt mit seiner mörderischen Asyl- und Abschiebepraxis den Satz Steiners, daß 'die Neger in Europa nichts verloren' hätten, in die Tat um“. *Corinna Poll*

Eine Dokumentation des Kongresses wird demnächst erscheinen und kann bei den Veranstaltern, dem AStA der Universität München und dem Arbeitskreis Irrationalismus, bezogen werden. Kontaktadresse: Leopoldstr. 15, 80802 München, Tel.: 089/2180-2072

Leseempfehlung

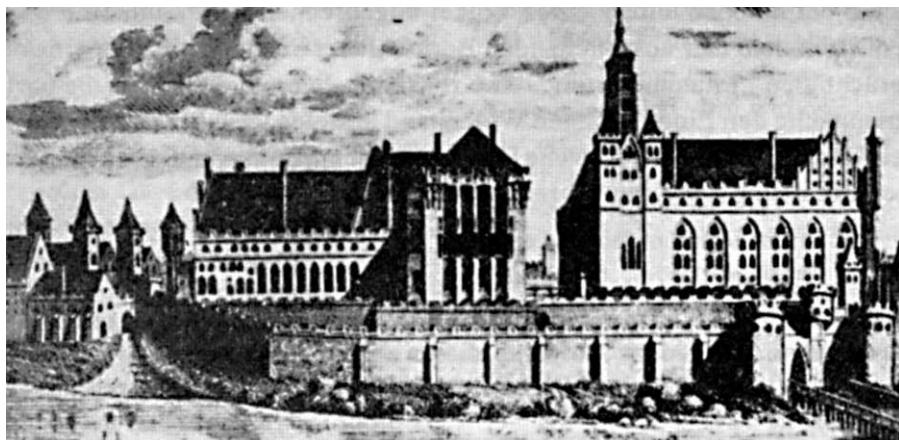
Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Ideologie



„Der Deutsche Orden in Preußen – als Orden im eigentlichen Sinn des Wortes –, das war immer nur eine Handvoll Menschen, deren Zahl am Anfang 200 bis 300, in der Blütezeit im 14. und 15. Jahrhundert 1000 Ordensbrüder nicht überschritt. Auf dem vom Orden verwalteten Territorium lebten um das Jahr 1400 ungefähr 480 000 Menschen prußischer, polnisches und deutscher Abstammung auf einem Gebiet von fast 58 000 km², die Mitglieder des Ordens bildeten nur die sprichwörtliche Spitze der Pyramide. Trotz seiner geringen Zahl war der Orden zu großer Leistung bei der Landesverwaltung fähig und bildete einen politischen Organismus, der seine Bedeutung nicht nur mit großen Errungenschaften auf dem Gebiet der materiellen Kultur und der Kunst in diesem Land bewies, sondern auch durch seine Expansivität eine Bedrohung der Nachbarn darstellte. Dieses Phänomen verlangt nach Erforschung und analytischer Betrachtung.“

Mit diesem Buch liegt zum ersten Mal eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Ordens von den beiden führenden Vertretern der polnischen Deutsch-Ordens-Forschung vor.

Zur Geschichte des Ordens sind während der achtziger Jahren in der Bundesrepublik und in Polen zwei Bücher er-



Die Marienburg, der Sitz des Ordenshochmeisters seit 1309

schienen. 1981 veröffentlichte Hartmut Boockmann in München „Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte“ 1986 folgte in Gedansk von Marian Biskup und Gerald Labuda „Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Ideologie“.

1998 erschien das Buch von Hartmut Boockmann in polnischer Sprache, bei dem Marian Biskup einen ehrenden Nachruf auf dem im gleichen Jahr verstorbenen Autor anfügte.

Mit der Veröffentlichung der deutschen Übersetzung des Werkes von Marian Biskup und Gerald Labuda im Jahre 2000, dass in der Überprüfung der Übersetzung durch die beiden Autoren eine Einarbeitung der neuesten Forschungsergebnisse erfuhr, liegen jetzt zwei Werke neuerer Geschichtsschreibung in beiden Ländern vor.

Behandelt wird in dem Buch von Marian Biskup und Gerald Labuda die Vorgeschichte der Prußen vom 6. bis zum 12. Jahrhundert, die Ansiedlung des Deutschen Ordens am Beginn des 13. Jahrhundert im Kulmerland, die Unterwerfung der Prußen durch die Eroberungszüge des Ordens bis im Jahre 1283 und die darauffolgende Annexion Pommerellens. Besonders berücksichtigt werden dabei die Grundlagen der Territorialverfassung; die Verwaltung durch den Orden; die rechtliche Stellung der Städte und Dörfer; die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im 13. Jahrhundert; Ideologie; Geisteskultur; Kunst und Sitten des Ordens.

In der Blüte des Ordensstaates im 14. Jahrhundert werden neben der Weiterentwicklung der Ordensverfassung besonders das Dorf im Deutscherordensstaat, die Dorfcolonisation nach deutschem Recht, der polnische Anteil an der Besiedlung und der Anteil der prußischen Bevölkerung behandelt.

Weithin wird die Entwicklung der Städte, des Handels und des Handwerkes mit umfangreichem Material dargelegt.

Es wird die Krise des Ordens im 15. Jahrhundert, ausgelöst durch wirtschaftliche Veränderung, Konflikte mit den Städten, Zunahme polnischer Besiedlung nach 1410, bis zur Zerschlagung des

Ordensstaates und Umwandlung in eines polnischen Lehen 1466 bis 1525 beschrieben.

Es folgt die Beschreibung der Säkularisation des Ordensstaates 1525 und die Preußische Huldigung Albrechts von Hohenzollern an den polnischen König, die das Herzogtum Preußen in ein unumstrittenes polnisches Lehen umwandelt.

In einem Epilog wird die Geschichte des Deutschen Ordens von 1525 bis heute dargestellt.

Gerald Labuda macht in seiner Einleitung eine Betrachtung des Deutschen Ordens „im Urteil der historischen Tradition und der Geschichtsschreibung.“

Hieraus einige Auszüge: „Die Geschichtsschreibung ist eine Wissenschaft, die immer auch die Intentionen der jeweiligen Autoren widerspiegelt. Immer wieder haben Historiker die Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit missachtet, weil sie bereit waren eine ‚gerechte Sache‘ zu verteidigen, und sie äußerten oft in einer Epoche Ansichten, die sie in der nachfolgenden ohne Widerstand aufgaben. Ähnlich häufig gaben die Verfasser der geschichtlichen Überlieferung bzw. der Geschichtsschreibung dem Hang nach, die historischen Akteure zu rechtfertigen und entnahmen der geschichtlichen Wirklichkeit bzw. den sie dokumentierenden Quellen nur die Zeugnisse, die entweder mit den Intentionen jener historischen Akteure im Einklang standen oder entsprechend ihrer – oft nur vermeintlichen – Intention interpretiert werden konnten.“

In den ersten Chroniken des Ordens wird das Motiv des „Hilferufes“ des Herzogs Konrad von Masowien „die Brüder des Deutschen Ordens ins Land zu holen und mit ihrer und Gottes Hilfe auf die Verteidigung seines Landes zu hoffen“, hervorgehoben, der zur Ansiedlung des Ordens und zur Oberhoheit über das Kulmerland führte. „Dieses Motiv des ‚Hilferufs‘ wiederholen sämtliche Ordenschroniken.“

„Im 14. Jahrhundert, als die Eroberung Preußens beendet war und einer Begründung nicht mehr bedurfte, führte man in der Ordensüberlieferung ein ideologisches Motiv an: den Kampf gegen die Heiden an sich. Dies bildete seitdem die

Grundlage für die Legitimation des Ordens an der Ostsee. In diesem Geist ist auch die Chronik des Preußenlandes Peters von Dusburg aus dem Jahre 1326 geschrieben.“

„Im Jahre 1862 veröffentlichte der Professor der Berliner Universität Heinrich von Treitschke einen Essay unter der Überschrift ‚Das deutsche Ordensland Preußen‘. Der Titel enthielt die These, das Ordensland in Preußen sei ein deutsches Land – dank des Deutschen Ordens. Es sei ein Verdienst des Ordens gewesen, daß Preußen eine ‚Kolonie des gesamten Deutschlands‘ wurde. Dieses Ziel sei erreicht worden, indem man die ansässige prußische Bevölkerung ausgerottet habe, um diesen Preis sei dort eine Oase der deutschen Kultur entstanden. Der Kampf des Ordens gegen die barbarischen Eingeborenen müsse Vorbild für die Deutschen sein, wie man mit den östlichen Nachbarn umzugehen habe.“

„Die ältere Histographie bis Treitschke folgte kritiklos der verallgemeinerten Ansicht Peters von Dusburg, daß infolge der Unterwerfung der prußischen Aufstände durch den Orden die daran beteiligte prußische Bevölkerung vollständig ausgerottet wurde. Da man die Behauptung für bare Münze nahm, standen die Historiker der Ordensgeschichte vor der Aufgabe, die große Dynamik Preußens, des Kulmerlandes und Pommerellens, die verhältnismäßig dichte Bevölkerung des Landes im 14. und 15. Jahrhundert sowie das doch bedeutende militärische Potential, das aus der ansässigen Bevölkerung geschöpft wurde, zu erklären.“

Der Autor beendet die Einleitung mit dem Schlussatz: „Wir würden jedoch der historischen Wahrheit einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen, wenn wir der Geschichte des Ordens die Bedeutung zumessen würden, die ihm von späteren Ideologen, die seine Vergangenheit verfälschten und für eigene Ziele der Propaganda beugten, zugeschrieben wurde. Der Orden kann nur das verantworten, was er selbst tat, und folglich nur für die eigene und nicht die ihm zugeschriebene Vergangenheit zur Verantwortung gezogen werden.“

In der Schlussbemerkung kommt Marian Biskup zu folgenden Aussagen:

„Durch den Ordensstaat an der Ostsee verloren die Prußen nicht nur ihre politische Selbständigkeit und gesellschaftliche Position, sondern in einem unaufhaltsam fortschreitenden Prozess auch ihre ethnische Selbständigkeit. Am Ende der Entwicklung stand zu Beginn des 17. Jahrhunderts ihre vollständige Germanisierung bzw. im Süden des Ermlandes und Masurens ihre Polonisierung, in den Gebieten an der Memel ihre Lituanisierung. Die Annexion Pommerellens in den Jahren 1308/09 war ein schwerer Schlag für den polnischen Staat, denn er verlor damit ein wirtschaftlich und politisch bedeutendes Teilstaatsgebiet.“

„Aus der Sicht der Völker des süd-

lichen Ostseeraums muß eine Bewertung des Ordens und seines Staates in Preußen negativ ausfallen. (...)

Er verzerrte den Verlauf der Geschichte an der Ostsee und störte die freie Entwicklung, insbesondere das freie und natürliche Zusammenwachsen Pommerells und Preußens mit dem Staat und der Gesellschaft der Polen bzw. Litauens, ebenso wie Schamaitens Verbindung mit der Küstenregion.“ *kaa*

Marian Biskup/Gerald Labuda, Die Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen, fibre Verlag Osnabrück 2000, 619 Seiten, ISBN 3-929759-42-X 84,00 DM

Vorgestellt:

Militärpolitische Analyse

Von Franz-Karl Hitze

In der Reihe vieler neuer Bücher über die Nato-Aggression in Kosovo hebt ein schmales Bändchen mit dem Titel „Kriegsverbrechen der Nato“ besonders ab. Es untersucht in einem besonderen Abschnitt die militärischen Gesichtspunkte dieses „feigen Krieges“. Der frühere Verteidigungsminister der DDR, Heinz Keßler, und der Chef des Stabes der NVA, Fritz Streletz, verkürzen ihre Analyse auf die Feststellung, dass der Krieg gegen Jugoslawien mit eindeutiger geostategischer und politischer Zielstellung geführt wurde. Die wesentlichsten militärischen Gesichtspunkte fassen sie wie folgt zusammen: Die Festigung der Vormachtstellung der USA; die Erprobung spezifischer operativer Einsatzverfahren (darunter hochentwickelter Aufklärungs- und Führungssysteme); die Demonstration gewachsener Möglichkeiten der strategischen Erpressung (europäischen Politikern wurden ihre tatsächliche Rolle und ihr zu beanspruchender Platz im militärischen Weltgeschehen von den USA deutlich vor Augen geführt); die Sicherung einer weiterhin kontinuierlichen Rüstungsproduktion (während des Kosovokrieges musste der US-Senat schon nach zwei Wochen Gelder für die Umrüstung atomarer Marschflugkörper auf herkömmliche Gefechtsköpfe bewilligen, da die amerikanischen Luftstreitkräfte fast alle Marschflugkörper veralteter Bauart „entsorgt“ hatten).

Keßler/Streletz weisen nach, dass der jugoslawische Konflikt und die Kräftekonstellation in Südosteuropa die günstige Gelegenheit boten, den Sicherheitsrat der UNO zu entmachten, um gleichzeitig damit Russland und China ihre weltpolitischen Grenzen aufzuzeigen. Darüber hinaus war der Krieg eine Demonstration des waffentechnischen Vorsprungs der USA gegenüber allen anderen Industrienationen, auch gegenüber den Nato-Partnern.

Untersucht werden die überragenden

Kapazitäten der USA-Streitkräfte im Luft- und Seetransport, die Konzentration von Luftangriffsmitteln auch an der europäischen Peripherie. Im Gegensatz zu militärischen Führungskräften des Westens (z.B. Frankreich und Italien) kommen die beiden Militärpolitiker zu der Auffassung, dass die qualitative und quantitative amerikanische Übermacht es geradezu erforderte, dass alle wesentlichen militärischen Entscheidungen in diesem Krieg durch amerikanische Führungsstellen gefällt werden mussten. Die Nato-Partner seien bestenfalls zu Konsultationen hinzugezogen worden. Nun lässt sich darüber streiten, was „wesentliche Entscheidungen“ sind. Man denke nur an den Beschuss der chinesischen Botschaft in Belgrad, die Bombardierung von Chemieanlagen in Pancevo und Novi Sad oder von über einhundert medizinischen Einrichtungen in Jugoslawien. Fest steht, dass die USA aufgrund ihrer Potenzen auf dem Gebiet der Luftkriegsführung dominieren werden. Hier stellt sich die Frage, wie hält es die USA und die Nato eigentlich mit den Menschenrechten?

Die Antwort ergibt sich aus der Lektüre des Buches.

Heinz Keßler, Fritz Streletz: Kriegsverbrechen der Nato, Spotless-Verlag, Berlin, 2000, 96 Seiten, 9,90 DM

Vorgestellt: Nato-Tribunal

Aggression im Wiederholungsfall

Von Franz-Karl Hitze

Die Karikatur als Titelbild. Schröder, Scharping und Fischer als Boxer, „Luftschläge“ verteildend auf einem fliegenden Teppich, den der Bundesadler zierte. Aus dem Teppich fallen Bomben und Raketen auf eine schon brennende Ortschaft. Deutlicher kann „die deutsche Verantwortung für den Nato-Krieg gegen Jugoslawien nicht karikiert werden.“

Die Schrift des Internationalen Vorbereitungskomitees für ein europäisches Tribunal beinhaltet sechsundzwanzig Redebbeiträge, die auf dem zweiten Hearing zum Nato-Krieg gegen Jugoslawien am 16. April d.J. in Hamburg gehalten wurden. 17 Dokumente ergänzen den Sammelband, der von Dr. Christa Anders hervorragend lektoriert wurde.

Während das Berliner Hearing (30.10.1999) vor allem der „Wahrheit über den Nato-Krieg“ gewidmet war, stellt das Hamburger Hearing „die deutsche Verantwortung“ für den feigen Krieg von 19 Staaten unter Führung der Nato in den Mittelpunkt. Ein notwendiges Unterfangen im Interesse der Wahrheit.

Der ehemalige Botschafter der DDR in Jugoslawien, Ralph Hartmann, befasste sich einleitend mit einer tiefgehenden

Analyse der deutschen Rolle auf dem Balkan in den jüngsten Jahrzehnten. Er verklagte die Bundesrepublik Deutschland wegen Aggression im Wiederholungsfall, der Verletzung des faktischen Friedensvertrages (2+4-Vertrag) und des schwerwiegenden Verfassungsbruchs. Die deutsche Außenpolitik sowohl unter Genscher und Kinkel als auch dem Grünen Fischer wird als einseitig antiserbische Parteinahe charakterisiert. Nachgewiesen wird die deutsche Unterstützung separatistischer Kräfte der Kosovo-Albaner. Die vielseitige Hilfe (Waffenlieferungen) für die UCK und ihre Paladine in deutschen Landen. Deutsche Tornados – so Hartmann – flogen in der ersten Staffel mit, als am Abend des 24. März v.J. die Nato ohne Kriegserklärung ihre völkerrechtswidrigen Luftangriffe, von Schröder als „Luftschläge“ verharmlost, auf Jugoslawien starteten.

Viertel wurden die Einlassungen des Botschafters durch den Hamburger Politikwissenschaftler und Publizisten Matthias Küntzel. Er konzentrierte sich auf die Rolle der Bundesrepublik bei der Vorbereitung dieses Krieges. Küntzel widerlegte die These der „Zeit“, dass die rot-grüne Bundesregierung mehr oder weniger „gutwillig, überfordert, am Ende machtlos“ in diesen Krieg hineingeschlittert sei. Verkürzt dargestellt kommt er zu dem Schluss: „Kein anderes Land hat zwischen 1991 und 999 den Kosovo-Konflikt so angeheizt wie Deutschland.“

Wolfgang Richter, der Friedensforscher und Mitherausgeber der Schrift, befasst sich ausführlich mit den Menschenrechten, der Rolle der USA, die ihres strategischen Vorteils wegen maßgeblich diesen Krieg in Europa geführt hat.

Klaus Eichner untersucht die Argumente Scharpings zur sogenannten Operation „Hufeisen“ und entlarvt das „Racak-Massaker“ als casus belli der Nato. Es sollen nur noch die Ausführungen der Hamburger Medizinerin Stojanka Alekšić erwähnt werden, die zu den grauenhaften ökologischen Folgen und gesundheitlichen Schäden unter der Zivilbevölkerung Jugoslawiens sprach. Auch der Umweltwissenschaftler Knut Krusewitz aus Fulda sei noch genannt, der die deutsche Verantwortung für die Umweltfolgen der Nato-Kriegsführung bildhaft analysierte.

Das Vorbereitungskomitee für das Europäische Tribunal über den Nato-Krieg gegen Jugoslawien hat eine beachtliche Arbeit geleistet. Auch dieses Hearing dürfte einen bleibenden Platz in der neueren Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen finden. Inzwischen stehen Schröder, Scharping und Fischer unter Anklage beim Internationalen Europäischen Tribunal (inoffiziell).

Wolfgang Richter, Elmar Schmähling, Eckart Spoo (Hrsg.), Die deutsche Verantwortung für den Nato-Krieg gegen Jugoslawien, Schkeuditzer Buchverlag, 2000, br. 336 Seiten, 28 DM

26. August, Köln: Tagesseminar: *Der Rentendeal – Shareholder Value statt Solidarität?* Anliegen des Seminars, das die AG Alterssicherung des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorbereitet, ist zweierlei: a) Positionsfindung und Bewertung; Diskussion über Positionen zur Rentendebatte, über Auswirkungen der Rentenpläne und des Rentendiskurses auf die Generationen-Solidarität ...; b) praktische Konsequenzen: Ansätze, die wir aufgreifen können, um ein faires Alterssicherungssystem zu schaffen und das solidarische Umlaeverfahren zu verteidigen.

Programm: 11.15 Einführungsreferat von Andreas Bachmann, HH, Redaktion Express; 12.00 Uhr Diskussion in Kleingruppen; 14.00 Uhr: Ergebnisse der Kleingruppen – Vorstellung im Plenum; 15.00 Uhr: Praktische Konsequenzen; 16.00 Uhr: Diskussion und Verabschiedung eines Thesenpapiers als Grundlage für Flugblätter, Presseartikel etc. Ende 17.00 Uhr

Ort: Antoniterkirche (Rückseite), Antoniterstr. 14-16

Das Seminar ist kostenfrei. Anmeldung bis zum 15. August bei Share, Art.Str. 6, 27283 Verden, Tel. (0 42 31) 9 47-5 91, Fax – 9 57-5 94, E-Mail: sundermann@share-online.de

1. September, bundesweit: Antikriegstag

1.-3.9. Stockholm: „*The Stockholm Conference for Left and Progressive Movements in Europe*“, veranstaltet vom „New European Left Forum“ in Zusammenarbeit mit der Schwedischen Linkspartei und dem linken Solidaritätsforum. Anmeldung (bis 11.8.): Vänsterpartiet, Karin Olsson, Box 12660, 11293 Stockholm, Sweden, e-mail: karin.olsson@vansterpartiet.se, Tel. 46-8-6540820, Fax 46-8-6532385; aktuelle Informationen: www.vansterpartiet.se

6.-8. September, New York: Im Rahmen des *Milleniums-Gipfel* der UNO beraten die Staats- und Regierungschefs in vier nicht-öffentlichen Ausschüssen die Frage der UNO-Reform, insbesondere die „Reform“ des Weltsicherheitsrates, in dem die BRD einen ständigen Sitz beansprucht.

16. September: Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

22./23.9.: Halb-Zeit! Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung! Konferenz und Aktionen des Aktionsbündnisses Aufstehen für eine andere Politik und zahlreicher anderer Organisationen, Diskussion von Zukunftskonzepten, gemeinsame politische Schwerpunkte, mit Demonstrationen, u.a. zusammen mit der Gewerkschaftsjugend.

ADRESSE AUFKLEBER

6.-8. Oktober, Berlin: Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zum Thema *WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus*. Eröffnung Freitagabend. Am Samstag sind Arbeitsgruppen vorgesehen, u.a. zu: Erfahrungen der Anti-WTO-Bewegung, Gender und Globalisierung, Internationalisierung gewerkschaftlicher Kämpfe, Subsistenz, Migration und Rassismus, städtische Politik und Widerstand, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, Gewalt im globalen Kapitalismus, Kritik der Arbeit – Ende der Lohnarbeitsgesellschaft, kritische Solidarität, Global Governance und internationale Regulierung, Virtueller Widerstand – Strukturwandel internationaler Öffentlichkeit. Weitere Infos: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. (040) 39 31 56, Fax 3 90 75 20, e-Mail: BUKOHH@online.de www.epo.de/buko/index.htm

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren.

Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

Halb-Zeit-Konferenz : Zwei Jahre ROT-GRÜN – Politik braucht Einmischung!

Am 22. / 23. September in der Humboldt – Universität , Berlin, Unter den Linden 6

Freitag, 22.09.2000

19.00 Eröffnung – Videobotschaft Prof. Pierre Bourdieu, Prof. für Soziologie, Groupe Raisons d'agir, Charta 2000, Frankreich

Zwei Jahre rot-grün, – was hat es gebracht? Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der IG Metall • Christa Wolf • Dr. Gerhard Timm, Bundesgeschäftsführer des BUND • Barbara Unmüßig, Vorsitzende von WEED • Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Friedensforscher, Hochschullehrer an der FU Berlin

Samstag, 23.09.2000

09.00 – 10.30 „Vision“, Grundlegende Alternativen zukunftsfä-

higer Politik mit Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Vereinigung Deutscher • Wissenschaftler/ NaturwissenschaftlerInnen-Initiative **Sozial-ökologische Umgestaltung – Arbeit und soziale Gerechtigkeit**, Joachim Spangenberg, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie
10.45 – 12.45 Arbeitsgruppen
Frieden und Abrüstung / Bildung, Ausbildung und Wissenschaft / Globale Gerechtigkeit / Demokratie, Gleichberechtigung, Partizipation / Arbeit, Ökologie, soziale Gerechtigkeit / Umwelt / Menschenrechte / Flüchtlinge

12.45 – 13.15 Aus der Defensive zum Handeln mit Horst Schmittenhener, geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der IG Metall, Heidrun Heidecke, stellv. Vorsitzende des BUND, Daniela

Schirmeier, IG-Metall-Jugend

Konferenzprogramm

Das endgültige Programm der Konferenz wird Anfang September an alle, die sich angemeldet bzw. um Informationen gebeten haben, versandt.

Trägerkreis

Aktionsbündnis Aufstehen für eine andere Politik (Erfurter Erklärung); Basis Grün, BBU Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; BUND Bundesverband Umweltschutz und Naturschutz Deutschland; Deutsche Postgewerkschaft Postjugend; Flüchtlingsrat Berlin; GAJB Grünes alternatives Jugendbündnis; IALANA Juristen und Juristinnen gegen Atomwaffen; IG Medien Jugend; IG Metall Jugend; IPPNW Interna-

tionale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung; JungsozialistInnen in der SPD; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen; Kuratorium Ostdeutscher Verbände; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“; RefRat der HU – ReferentInnenrat des StudentInnenparlamentes der Humboldt – Universität zu Berlin; solid Die sozialistische Jugend; Sozialistische Jugend – Die Falken; WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung;

Nachfragen und Anmeldung: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Gutenbergstr. 31, 44 139 Dortmund, Tel.: 0231-575202, Fax: 0231-575210